

Er scheint täglich außer Montags. Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Preisband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1892 unter Nr. 6653.

Forwörls

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Werktagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Gern Sprech-Anschlag: Amt 1, Nr. 4194.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. Mai 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Unternehmer-Verlogenheit.

Man erinnert sich noch, mit welchen Unversoreinheiten die rheinisch-westfälischen Zechenbesitzer ihre nunmehr so erfolgreich verlaufene Aktion gegen die ursprüngliche Berggesetz-Novelle des Herrn von Berlepsch begannen. Sie eröffneten ihren Sturm mit der „Denkschrift“ des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Ober-Bergamtsbezirk Dortmund vom 28. März dieses Jahres, deren zynische Frechheit in der Ablehnung der schreiendsten Missethate vor seiner Zeit besprochen. In dieser „Denkschrift“ spielte vor allem eine Behauptung die größte Rolle: daß die Verhältnisse des Bergbaues nicht so eigenartig und verschieden von denen anderer Industriezweige beschaffen seien, daß die Bergleute besonderer Schutzgesetze außer der allgemeinen Reichs-Gewerbe-Ordnung bedürften. Das saubere Schriftstück sagte im Tone des unverhülltesten Kapitalistenhochmuthes wörtlich Folgendes:

Wir stellen uns prinzipiell auf den Standpunkt, daß nur diejenigen Abänderungen des Berggesetzes vorzunehmen sind, die durch die Revision der Gewerbe-Ordnung geboten erscheinen. Einige Paragraphen der Novelle enthalten wesentliche Abänderungen gegenüber der Gewerbe-Ordnung, und zwar, ohne daß die Eigenartigkeit des Bergbaues diese Veränderungen bedingt. Gegen diese Paragraphen erheben wir Widerspruch.

Mit Bezug auf den Arbeiterschutz kann also keine „Eigenartigkeit“ des Bergbaues in Betracht kommen, so hieß es vor 1 1/2 Monaten; es ist schon viel, wenn wir, die Grubenbarone, gnädigst gestatten, daß die allgemeinen gewerberechtlichen Vorschriften auch für unsere Lohnsklaven gelten sollen. Eigentlich geht es bei uns im Bergbau viel ordentlicher und „arbeiterfreundlicher“ zu, als anderswo; und dann kam jene Denunziation gegen den „Betrug“, der in anderen Gewerben vielfach gegen die Arbeiter ausgeübt werde, eine Denunziation, zu der die gesammte „übrige“ Industrie bis jetzt wohlweislich geschwiegen hat und auf die wir gelegentlich zurückkommen.

Das war also Ende März, als man sich zur krampfhaften Abwehr der Berggesetz-Novelle in scheinbar loyaler Weise („auch dann, wenn wir sachlich damit nicht einverstanden sind“, sagte die Denkschrift) auf die Reichs-Gewerbe-Ordnung berief, der man sich gern und willig und bedingungslos unterwerfen wolle. Und jetzt wird eine Eingabe desselben Zechenvereins vom Anfang März 1892, vom 10. dieses Monats, durch das eigene Organ dieser Unternehmer-Ligue, den „Glückauf“ in Essen, bekannt, welche von dieser Gesellschaft mit Bezug auf die von der neuen Reichs-Gewerbe-Ordnung vorgeschriebene Sonntagsruhe an den Bundesrath wegen Gestattung von besonderen Ausnahmen für den Bergbau gerichtet worden ist und in der es wörtlich heißt:

Die Gesehzgebung aller bergbautreibenden Nationen hat stets anerkannt, daß der Bergbau-Betrieb seinem Wesen und seiner Natur nach ein so eigenartiger ist, daß er nicht mit den übrigen gewerblichen Betrieben

gleichmäßig behandelt werden kann und darf... so gebieten Rücksichten, welche vorzugsweise auf den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter hincielen, Ausnahmen von den oben angeführten (Sonntagsruhe-) Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung anzustreben, die es erträglichsten, den Betrieb unserer Gruben in zweckmäßiger und gefahrloser Weise zu führen.

Es soll heute an dieser Stelle nicht ausführlich auf die Anträge der Grubenbarone eingegangen werden, die — ein schönes Zeugniß für die „revivirte“ Gewerbe-Ordnung! — bezüglich des eigentlichen Bergbaues keine neuen Ausnahmen wünschen, weil das Gesetz und polizeiliche Dispensationen schon Löcher genug gelassen haben, die jedoch bezüglich der Kokereien aus „Rücksichten, welche vorzugsweise auf den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter hincielen“, die Forderung aufstellen, daß die den Arbeitern zu gewährenden Ruhe an Sonn- und Feiertagen nur von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends (also Gestattung der Samstags- und Sonntags-Nachtarbeit!) zu dauern braucht, und daß den so beschäftigten Arbeitern dafür keine außergewöhnliche Ruhezeit zu bewilligen ist.

Die Verlogenheit, die darin liegt, daß das Verlangen nach solcher Ausnahmsfreiheit mit „Rücksichten“ auf die Arbeiter begründet wird, kann nebenbei hervorgehoben werden. Aber die Hauptsache ist und bleibt doch der Egoismus, mit welchem hier das direkte Gegentheil von Demjenigen behauptet wird, was in der „Denkschrift“ zur Berggesetz-Novelle das Hauptargument dieser auf ihre Lebensart und ihre „Moral“ so stolzen Herren war. Am 10. März schreiben diese Leute durch ihren Sekretär an den Bundesrath nach Berlin, daß der Bergbau bezüglich des Arbeiterschutzes „nicht mit den übrigen gewerblichen Betrieben gleichmäßig behandelt werden kann und darf“. Und am 28. März, achtzehn Tage später, läßt dieselbe Clique eine Denkschrift gegen die inzwischen veröffentlichte Berggesetz-Novelle vom Stapel, in welcher der leitende Truggedanke ist: „wir haben das Recht zu verlangen, gesezlich genau ebenso behandelt zu werden, wie die übrigen gewerblichen Betriebe.“ Eine größere Skrupellosigkeit in der Wahl von Scheinargumenten bei amtlichen Eingaben, als sie die rheinisch-westfälischen Grubenbarone bethätigen, ist sicher noch nicht dagewesen. Handelt es sich um die Abwehr jeglichen Bergarbeiter-schutzes in der Gewerbe-Ordnung, so sagen die Herren „Weiß“, und handelt es sich um denselben Zweck außerhalb der Gewerbe-Ordnung, so entblöden sie sich gar nicht, „Schwarz“ mit denselben Unternehmerroutine zu sagen. Die Verdrehung der Worte und der Thatsachen wird hier zur offiziellen Unternehmerroutine erhoben.

Und hinter solchen Leuten spaziert Herr v. Berlepsch als „Reformminister“ her! Wie sich das mit seiner amtlichen Würde verträgt — wir wissen es nicht. Seine Unterbehörden, wie z. B. das Oberbergamt Dortmund, verhandeln soeben, wie der „Glückauf“ ebenfalls meldet, mit den Vertretern dieses Unternehmervereins über die Art der

Einrichtung von Berg-Schiedsgerichten, während von einer amtlichen Fühlung mit den Arbeitern nicht das Geringste bekannt ist. Bei diesen Konferenzen vertraten die Zechen den anmuthigen Standpunkt, daß sie ihre Beihilfe nicht verweigern würden, falls die Wahlen nach Art derjenigen für die Knappschafts-Kassen vorgenommen werden sollten. Die Wahlen der Knappschafts-Kassen erfolgen aber bekanntlich nach einem Modus, der dem „elendesten aller Wahlsysteme“ ungefähr gleichkommt. Da sich die preussische Regierung soeben mit dem Dreiklassen-Wahlsystem solidarisch erklärt hat, so wird sie wahrscheinlich auch leicht im Stande sein, den Wünschen der Grubenbarone bezüglich des Wahlmodus für die Berg-Schiedsgerichte nachzukommen. Somit ist es ganz gut, wenn vorher altentmähig festgestellt werden konnte, was für Leute diese rheinisch-westfälischen Zechenbarone sind.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Mai.

Abgeordnetenhaus. In der heutigen Sitzung wurde die Wahl des Abgeordneten Grimm (Frankfurt) für ungültig erklärt.

Versuchungen eines Fabrikinspektors. Am 19. d. M. fand zu Hirschberg in Schlesien eine Gerichtsverhandlung statt, die nach mancherlei Richtung hin sehr interessant ist. Der Vorkeser des Amts-vorstehers von Egelisdorf, der auch Bürgermeister und Fabrikinspektor von Friedeberg ist, war heute der Fabrikdirektor G. aus Egelisdorf angeklagt. Er soll dadurch, daß er gelegentlich eines Besuchs bei dem Amtsvorsteher, der gegen die Besitzer der Fabriken öfters Strafverfügungen ergehen ließ, demselben auf seine Aeußerung, daß ihm durch die Fabrik viel Arbeit und Scheererei gemacht würde, 300 M. angeboten und, als die Annahme des Geldes abgelehnt wurde, dasselbe wie unablässig beim Weggehen auf dem Tische liegen gelassen haben. Der Angeklagte erklärte sich für nichtschuldig. Er habe dem Amtsvorsteher für dessen Scheerereien nur eine Remuneration, wie sie derselbe auch von den Vorbesitzern für außeramtliche Thätigkeit angeboten erhalten und angenommen habe, gewähren wollen. Der als Zeuge vernommene Amtsvorsteher gab zu, von den früheren Besitzern derartige Gratifikationen erhalten zu haben. Er habe sich nicht geschämt, das zu thun, weil er mit jenen befreundet gewesen, und weil die Geschenke mit seiner amtlichen Thätigkeit absolut nichts zu thun gehabt hätten. Von den neuen Besitzern, einer Aktiengesellschaft, habe er solche Remuneration nicht mehr annehmen zu dürfen geglaubt. Er habe keinen Strafantrag gestellt, weil er überzeugt gewesen sei, daß der Angeklagte mit seiner Handlungsweise keinen Einfluß auf seine, des

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(121)

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern von A. Otto Walster.

Von einer ernstlicheren Verbindung? Ich verstehe Sie nicht recht. Wollen Sie eine solche Verbindung der Seelen für keine ganz ernsthafte ansehen?

Das sei fern von mir, ich verstehe aber unter diesem Ausdruck die Ehe.

Halten Sie es denn nicht für natürlich, wenn folgerichtig aus einem solchen Verhältnisse eine Ehe entsteht?

Aber, gnädiges Fräulein, Sie werden mir doch nicht sagen wollen, daß Sie im Ernste an eine eheliche Verbindung mit Herrn Dr. Lange gedacht haben?

Und warum sollte ich das nicht gethan haben, wenn ich fragen darf?

Ah, es ist ein Scherz! Mit einem aussichtslosen Literaten! eine Dame wie Sie?

Mit einem aussichtslosen Literaten? Excellenz, wollen Sie vielleicht leugnen, daß Herr Dr. Lange ein sehr kenntnisreicher und talentvoller Mann ist?

Ich will das nicht bestreiten, aber was wird schließlich aus ihm?

Ich muß Ihnen offen gestehen, daß ich vollkommen mit dem zufrieden, was bereits aus ihm geworden: ein Mann von Geist und Charakter, der die Achtung seiner Mitbürger im hohen Grade genießt und verdient.

Nicht von Allen, wie ich Ihnen versichern kann, Fräulein.

Nein, nicht von Allen, das ist wahr; sonst würde er auch kein Charakter sein.

Ich kann Ihnen sagen, daß er in unseren Kreisen ziemlich diskreditirt ist.

In Ihren Kreisen, in den liberalen Bourgeoiskreisen, das ist selbstverständlich, denn das sind ja unsere Feinde.

Unsere Feinde, sagen Sie? Ich hoffe, Sie sehen uns nicht als Ihre Feinde an?

Allerdings muß ich das, denn Sie verfolgen uns Demokraten mit ziemlicher Wuth.

Uns Demokraten? Sie zählen doch wohl schwerlich zu den Demokraten?

Allerdings, Excellenz, da es meiner Ansicht nach die einzige ehrliche freisinnige Partei ist.

Ich mache da schöne Entdeckungen. Gehören Sie denn nicht durch Familie und Lebensstellung zu uns?

Familie und Lebensstellung sind nichts für den, der eine Ueberzeugung besitzt.

Ich bedauere, Fräulein, Sie in Händen zu sehen, welche Sie auf solche Irwege zu führen bemüht sind.

Ich muß bedauern, Excellenz, daß ich ein Bedauern zurückerweisen muß, für welches ich ganz und gar keine Veranlassung sehe.

Sie behandeln mich hart, Fräulein, ich glaube Ihnen keine Veranlassung hierzu gegeben zu haben.

Ich wählte nicht, was mich mehr verletzen sollte, als ein in solcher Weise angebotenes und, meiner Ansicht nach, völlig unbegründetes Bedauern.

Ich sehe, daß die Unterhaltung eine Wendung nimmt, die ein Abbrechen derselben rathlich erscheinen läßt.

In dieser Ansicht kann ich Ihnen nur beipflichten.

„Meine Absichten waren die besten.“

„Das wird Sie auch trösten, Excellenz.“

„Und eine Wiederholung meines Besuchs dürfte unter solchen Umständen wohl zwecklos sein?“

„Wenn Sie einen anderen Zweck, als den einer bloßen Höflichkeit damit verbinden sollten, allerdings.“

„Nun, dann entschuldigen Sie die Störung.“

„Sie ist entschuldigt, Excellenz.“

Das Gesicht des Dr. Nassmans hatte eine krebrothe Farbe angenommen, als er das Zimmer verließ; eine solche Demüthigung schien ihm unerwartet, wie sie über ihn kam, etwas Unerhörtes.

Im Vorzimmer traf er auf Lange und Frank, die ihn mit großer Höflichkeit begrüßten.

Freut mich, Sie zu sehen“, rief er schnell gefast, Ihnen, Herr Doktor, kann man wohl bald gratuliren?

Ich möchte Sie aber doch theilnehmend mahnen, sich auf andere Bahnen zu begeben; Sie werden nicht weit kommen in der Weise, die jetzt Ihr Vorgehen charakterisirt. Sie sind weder in der besten Gesellschaft, noch auf den besten Wegen.“

Ich danke, Excellenz“, entgegnete Lange mit einer höflichen Verbengung, „aber der Menschen Wege gehen wunderbar; der kürzeste Weg ist oft auch der gewagteste. Vom Gipfel geht es schnell bergab.“

Und Excellenz fängt an mit einem „Er“, rief Frank gleich darauf, so daß der Davoneilende es noch hören mußte, „und es heißt aus.“

Helene nahm keinen Anstand, den Schritt des Dr. Nassmans ihrem Bräutigam mitzutheilen. Ihre Mittheilung verursachte viele Heiterkeit im Lager der Freunde. Frank aber erklärte feierlich, da sie nun doch einmal

Amtsvorsteher, amtliche Handlungen habe gewinnen wollen. Der Jenge wurde, wie aus der Verhandlung sich ergab, zur Stellung des Strafantrages erst durch die vorgelegte Behörde veranlaßt, die bei einer im Januar d. J. vorgenommenen Revision der Akten des Amtsvorsteher in demselben den Postkontrollationschein über die dem Angeklagten zurückgesandten 800 M. vorkam und Aufklärung verlangte. Nach der Erklärung des Amtsvorsteher sah sich, wie das „Hirschberger Tageblatt“ berichtet, der Erste Staatsanwalt nicht in der Lage, gegen den Angeklagten eine Strafe in Antrag zu bringen, so sehr der Schein gegen ihn sei, da der Amtsvorsteher ja am besten gewußt haben müsse, zu welchem Zwecke das Geld dienen sollte. Das Gericht war indes anderer Ansicht und erkannte den Angeklagten, der mit den 800 M. jedenfalls habe bewirken wollen, daß der Amtsvorsteher eine laxere Kontrolle der Fabrik gegenüber ausübe, der Bestechung für schuldig. Die Strafe gegen ihn wurde auf 800 M. festgesetzt und die Bestechungssumme als dem Staate verfallen erachtet.

Jedes Wort der Kritik ist überflüssig! —

Blut- und Eisenpolitik. Wir leben in der Ära der Massenmorde und des Massenworts. Die Verbrechen im großen Stil reifen nicht ab — sie bilden eine ununterbrochene Kette; und während das Blut der einen Blutthat noch zum Himmel raucht, erschreckt uns schon eine neue, meist noch unerwünschter, sensationeller als die vorhergehende. Erschreckt? Nein — der Ausdruck ist ungenau. Wir haben uns daran gewöhnt. Wie wir — zu dem Horazischen Nil admirari (Man soll sich über Nichts wundern) durch den Gang der Dinge bekehrt — über Nichts mehr uns wundern, so erschrecken wir auch über Nichts mehr. Das Grausigste erscheint uns gewöhnlich, das Unnatürlichste, Widernatürlichste ganz natürlich — das Unerhörte ist alltäglich. In früherer Zeit — d. h. noch vor etwa 30 Jahren — wie bewegte ein einfacher Mord die ganze Stadt, das ganze Land. Heute liest man gar nicht mehr den Bericht über einen einfachen Einzelmord, es sei denn, daß ganz besondere Umstände ihn pikant machen, z. B. ein heimtückender Gatte, der wie Agamemnon von der Gattin und ihrem Wuhlen abgeschlachtet wird, oder dergleichen. Es müssen gleich Mehrere sein, die erschossen, vergiftet wurden — eine ganze Familie, eine Schaar blühender Kinder von der Mutter oder dem Vater ermordet, ein paar Liebende, die zusammen in den Tod gehen — eine Braut, die der Bräutigam abschlachtet, weil er sie nicht heirathen kann, und an deren Leiche er sich dann selbst erschlägt, und ähnliche Blut- und Sensations- Tragödien. Kein Zeitungsblatt, das nicht mit einem solchen Doppel- oder Vielermord besetzt wäre. Das Blatt, welches keinen bringt, wird von den Lesern fast enttäuscht bei Seite gelegt.

Große Verbrechen kennzeichnen zu allen Zeiten und in allen Ländern untergehende Kulturperioden, den Verfall von Reichen, Systemen, Gesellschafts-Ordnungen. In solchen Zeiten verliert das Leben seinen Werth. Das Opfer des Lebens — des eigenen, wie des fremden — gilt entweder als etwas Gleichgültiges oder als etwas Heroisches, Verdienstliches. Wer weiß nicht, wie im faulenden Römerreich der Selbstmord mit dem Glorienschein höchster Charakterstärke und strahlenden Ruhms umgeben war?

Und heute ist die Fäulnis viel allgemeiner; es ist eine menschenlich ausgebreitete, inhaltsreichere Weltordnung, die wir vor unseren Augen sich auflösen sehen. —

O sancta simplicitas! Die „Vossische Zeitung“ beginnt einen Leitartikel über den „Waffengebrauch im Frieden“ (s. Nr. 285, Abendausgabe) mit den Worten:

„Die Zeiten sind vorüber, in denen das Heer einen Staat im Staate bilden durfte.“

Wir greifen uns an den Kopf, ob wir wachen oder träumen. Hat die „Tante“ denn geschlafen? Kennt sie nicht den Gefreiten Bäck? Weiß sie nicht, daß ein Blatt, welches die Auszeichnung des Bäck in Zweifel zog, wegen dieses Zweifels mit einer Anklage auf Majestätsbeleidigung bedacht worden ist? O du heilige Fortschritts-Einfalt! Und das will uns vom eisernen Joch des Militarismus befreien? —

? Ein Telegramm aus Prag meldet:

Der Jungezeche Eduard Grege hat gestern in Raudniz vor einer aus mehr als 2000 Personen bestehenden Volksversammlung eine längere Rede gehalten, in welcher er

auf Kriegszug ständen, müßte diese Schwäche des Herrn Ministerpräsidenten ausgebeutet werden. Er eilte alsbald zu Habicht und verabredete mit diesem den Selbstzuegplan.

Einige Tage darauf erhielt Raffmans ein duffiges Billethen, welches die von einer weiblichen Hand geschriebenen Worte enthielt:

„Egellenz!“

Seit einigen Tagen zirkuliert in der Stadt das Gerücht, daß Sie auf Freierrücken einbezogen. Ein Mann wie Sie, dem der Staat zu Füßen liegt, kann getrost seine Augen zu den Füßen legen, kann getrost seine Augen zu den vornehmsten Töchtern des Landes erheben. Eine glühende Verehrerin Ihres Genies wird in Ihrer nächsten Soirée mit einer rothen Schleife am rechten Ärmel erscheinen. Sollten Sie Verlangen nach der Bekanntschaft der Dame empfinden, so reden Sie dieselbe an, ohne eine Vorstellung anzustreben, da dieselbe noch einwilligen unbekannt zu bleiben wünscht.

Felicitas.“

Nichts konnte die Phantasie eines Dr. Raffmans mehr entkommen, als ein solches Billeth; er hatte keine ruhige Minute, bis die nächste Soirée mit höchstem Glanz vorbereitet war, und zu dieser lud er die fremden Gesandten am Hofe so dringend ein, daß diese ihre innerliche Abneigung in diesem Falle überwandern und fast sämtlich erschienen.

Raffmans stand an dem endlich hereingebrochenen Abend wie auf Kohlen; nie war er leutseliger, herablassender und geschmeidiger gewesen, als bei dieser Soirée. Aber die Schöne ließ sich vergeblich erwarten bis gegen Mitternacht, zu welcher Zeit sie plötzlich in der Begleitung einiger vornehm ausschauender Männer und einer nicht minder elegant gekleideten Dame erschien. Da Raffmans seinen Dienern Befehl gegeben hatte, diesen Abend nicht streng auf Namensnennung zu bestehen, waren die Gäste ohne Beanstandung hereingelassen worden. Die fremde Dame, welche mit der rothen Schleife am rechten Ärmel erschien, nahm im Saale, etwas getrennt von ihrer Gesellschaft, Platz. Zwei der Herren, die sie

die Regierung heftig angriff. Er behauptete, Oesterreich müsse ohne böhmische Soldaten und ohne böhmisches Geld zu Grunde gehen. Er erkannte die Forderungen der Sozialdemokratie, denen die Zukunft gehöre, an. Der politische Horizont sei mit Gewitterwolken umzogen und man gehe in Europa großen Umwälzungen entgegen.

Hinter die Befehring des Herrn Grege zum Sozialismus sehen wir vorläufig noch ein Fragezeichen. —

„Vielleicht zu große Vorsicht“ nennt es in einer „amtlichen Erklärung“ der Baare'sche Schienenflicker-Verein, daß der gestickte Radsatz — von dem wir neulich berichteten — durch das Betriebsamt Dortmund austrangirt worden. Der Schienenflicker-Verein leugnet nicht, daß der Radsatz (mit Blei!) gestickt, auch nicht, daß er von ihm — dem Bochumer Schienenflicker-Verein — herkommt. Aber das Betriebsamt lübe „vielleicht zu große Vorsicht“ — es hätte den Herren Baare und Konsorten zu Lieb (und auch im Interesse der „deutschen Industrie“) warten sollen, bis der Radsatz gebrochen und das Eisenbahn-Unglück zur vollendeten Thatfache geworden wäre. O diese gestickte Schienenflicker-Moral! —

Untertanen. Der „Reichsbote“ bringt über den Stand der Kirchenfrage in Frankreich einen Artikel mit der Ueberschrift: „Der Papst und die katholischen Untertanen der Republik.“ Weiß der „Reichsbote“ nicht, daß es in einer Republik keine „Untertanen“ giebt, sondern nur freie Bürger, und daß selbst in den deutschen konstitutionellen Monarchien das Wort „Untertan“ abgeschafft ist, weil es dem Begriff des — allerdings nur als Fiktion vorhandenen — Rechts- und Verfassungsstaats nicht mehr entspricht, ja schnurstracks zuwiderläuft? —

Eugen kann kein Deutsch. Daß er von Nationalökonomie nichts versteht, das weiß Jedermann, ihn selber nicht ausgenommen; daß er aber nicht einmal Deutsch kann, das ist zwar uns längst bekannt, dürfte jedoch Vielen noch neu sein. Wie den Lesern erinnerlich, rumpelte er uns vorige Woche an: wir hätten die Berichte der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die fortschrittliche Wahlrechts-Komodie „gefälscht“ („Fälschung“). Wir fertigten den Patron nach Verdienst ab. Und nun fälscht er heute, er hätte nicht von „Fälschung“ der Berichte, sondern unser „Resumés“, d. h. unseres Urtheils über die Richter'schen Leistungen gesprochen! Nicht zufrieden damit, unverschämte zu lügen, erbringt Herr Eugen Richter hier auch den Beweis, daß er kein Deutsch kann. Der unterste Quartaner wird ihm sagen, daß, wenn wir schreiben: A Y ist der größte Ignorant, Flegel und Lügner unter der Sonne, dies möglicherweise unparlamentarisch sein kann, nimmermehr aber eine Fälschung. Und Herr Eugen Richter hat Jurisprudenz studirt! Er mag sich seine Kollegengelder mitsammt seinem Schulgeld zurückzahlen lassen. —

Fabrikinspektoren und Bourgeoispreffe. Vor einiger Zeit erlaubte sich irgend ein nationalliberales Blatt die naive Bemerkung, daß die Arbeiterpreffe es noch nicht einmal verstehe, den sozialpolitischen Stoff der Fabrikinspektoren-Berichte für ihre Zwecke richtig zu verarbeiten und zu verwerthen. Angesichts des Umstandes, daß die mageren Ergebnisse deutscher und ausländischer Fabrikinspektion nirgends so ausführlich mitgeteilt und besprochen werden, als in der sozialdemokratischen Presse, verdiente jene Aeußerung damals keine Erwähnung weiter. Jetzt wird sie aber in eine besonders lehrreiche Beleuchtung durch Folgendes gerückt. Uebersicht von der gesammten deutschen Presse hob der „Vorwärts“ in seiner Nummer vom 18. d. M. aus den kürzlich erschienenen Berichten der österreichischen Gewerbe-Inspektoren die vernichtenden Urtheile dieser Beamten über die Machtlosigkeit der Innungen gegenüber der Lehrlingszucht im Handwerk ausführlich hervor. Für diesen Fingerzeig war die bürgerliche Presse so dankbar, daß sich die „National-liberale Korrespondenz“ sofort einen großen Theil unserer Ausführungen angeeignet und „Nöln. Btg.“, „Freie. Btg.“ und so weiter den Extrakt eifertig abdruckten. Gleichzeitig aber brachte die ultramontane „Nölnische Volks-Zeitung“ einen Artikel über den österreichischen Bericht, in welchem das bergarbeiterfreundliche Blatt die Stirn hatte, dem Sinne nach zu schreiben, daß die österreichischen Innungen nach Möglichkeit die Lehrlingsausbeutung mit den Inspektoren bekämpfen hätten, während die Letzteren gerade

begleitet, begaben sich in ein Nebenzimmer, der Dritte unterhielt angelegentlich die Begleiterin der Fremden, welche in einer tabellosen Toilette, die eine Halbtrauer darstellte, sich allein in einer Longchaise hingebreitet hatte.

Niemand konnte leugnen, daß die Dame mit der rothen Schleife von einer außerordentlichen Schönheit war. Schwarze Locken fielen in reicher Fülle auf die weichen und sippig geformten Schultern, die blendend aus dem kostbaren und mit Blumen durchwirkten schwarzen Atlaskleide hervorschnimmerten. Raffmans wußte in seinem Entzücken nicht, was er mehr bewundern sollte, die hohe jüdische Gestalt, oder die feinen, auf polnische Abstammung hindeutenden Gesichtszüge. Als bald bereitete er sich, sie zu begrüßen, sich dann auf einem leeren Sessel neben ihr niederzulassen und ein Gespräch mit ihr zu beginnen:

„Verehrtes Fräulein . . .“ begann er.

„Frau, wenn ich bitten darf, erwiderte die Dame; „ich bin Wittwe.“

„Gnädige Frau, ich irre wohl nicht, wenn ich Sie als das geheimnißvolle Wesen errathe, welches durch eine pseudonyme Zuschrift meine Reugier auf's Höchste erregt hat?“

„Sie irren nicht, Egellenz; aber ich bin etwas verwirrt über die Unbesonnenheit, mit der ich mich zu einem so gewagten Unternehmen entschloß.“

„Sie war mir ein Beweis von hochherziger Gesinnung.“

„Es tröstet mich, daß ich mich in dem Wesen der von mir angesehnen Person nicht getret, zumal nachdem ich ihr so viel Vertrauen geschenkt.“

„Um so mehr werden Sie mir, schöne Unbekannte, in Zukunft vertrauen.“

„Ich denke, ich darf es.“

„Sie werden mir gestatten, Sie heute als meinen Ehrengast zu behandeln?“

„Sollte das nicht etwas zu gewagt sein?“

„Ich wüßte doch nicht, welches Wagnis . . .“

„Da ich allein stehe und Sie Junggestelle sind?“

„Man mag davon denken, was man will.“

das Gegentheil sagen. Wir übergeben dem Schreiber des Artikels, welcher zu Beginn dieser Zeilen erwähnt ist, diese Beiträge zu der von ihm so leichsinnig angeregten Frage ohne jeden Kommentar, den er sich hoffentlich noch selbst wird machen können. —

Welche? „Der Kultusminister Boffe,“ so lesen wir in der „Freie. Btg.“, „betonte bei der Jubiläumsfeier der Ritterakademie in Weiburg mit aller Entschiedenheit, daß die Grundlage aller Bildung die Religion sein müsse, denn nur auf dem Boden der Religion könne die wahre Liebe zu Kaiser und Reich, ein echter Geseftesadel und rechter Bürgersinn erwachsen.“

Das ist recht schön, und von Herrn Boffe hat das wohl auch Niemand anders erwartet. Aber die Sache hat insofern einen Haken, als der Herr Kultusminister es versäumt hat, anzugeben, welche Religion denn die Wunderwirkungen übt, von denen er sprach. Unter der Herrschaft des Christenthums soll bekanntlich, wenn man den Jeremiaden der Stöcker und Konsorten glauben darf, die Menschheit immer schlechter geworden sein. Sollen wir es in Zukunft nun etwa mit dem Muhamedanismus versuchen? —

Schweizer Arbeiter-Gesetzgebung. Dem St. Galler Großen Rathe wird in nächster Session von der Regierung ein Gesetzesentwurf über den „Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen in Badengeschäften und Wirtschaften“ zugehen. — Die das Wirtschaftswesen betreffenden Artikel lauten: Art. 11: Die für den Betrieb von Wirtschaften und Gasthäusern angestellten Personen können, soweit es zur Bedienung der Gäste nöthig ist, Abends bis zur Polizeistunde und bei Freinächten auch über dieselbe hinaus beschäftigt werden. Doch ist ihnen in allen Fällen eine ununterbrochene Ruhezeit von wenigstens neun Stunden zu gestatten. — Sofern denselben der Sonntag aus Rücksichten auf den Betrieb nicht freigegeben werden kann, sind ihnen während der Woche zwei halbe Freitage zu gewähren. Mädchen unter 18 Jahren, die nicht zur Familie gehören, dürfen zur ständigen Bedienung nicht verwendet werden. Art. 13. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes werden durch das Bezirksamt polizeilich mit Geldstrafe bis auf 800 Franken, im Wiederholungsfalle dagegen gerichtlich mit Geldstrafe bis zu 500 Franken oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. —

Chauvinismus haben und dräben. Das Turnfest in Nancy ist den deutschen und französischen Chauvinisten — wie man zu sagen pflegt — ein „gesundenes Fressen“. Die Deutschen waren, wie gewöhnlich, den französischen Kollegen „vor“ — sie stürzten sich auf das Fest mit der Bier „hungriger Raben“, und als die französischen Konkurrenten, oder richtiger Geschäftsfreunde, das merkten, waren sie natürlich auch nicht faul. Mit Ausnahme einiger Winkeltblätter ist die französische Presse jedoch sehr vernünftig, und da auch das deutsche Volk im Chauvinismus ein Paar gefunden hat, ist diese neueste „nationale“ und internationale Erziehung harmlos lächerlich. Einem deutschen Blatt gegenüber, das die — künftige — Festrade Carnot's fürchtet, bemerkt die „Justice“: Man solle doch einmal alle Neben des französischen Präsidenten und des deutschen Kaisers nebeneinander stellen und dann sagen, welche die friedlicheren seien. Vielleicht thut die „Nölnische Zeitung“ es einmal. —

Der internationale Sozialismus ist der Friede. Wir lesen in Bourgeoisblättern:

Die in Paris vollzogene Einweihung der Zentral-Arbeitsbörse ist von den zahlreich erschienenen Arbeitern sogleich auch zu Kundgebungen im Sinne der Kommune von 1871 benutzt worden. Gleich beim Beginne der Feier äußerte ein Mitglied des Gemeinderaths: „Man weiß die Festung ein, aus welcher die nächste Revolution hervorgehen wird.“ Bezeichnend war die Ansprache, die der Präsident des Pariser Gemeinderathes Sauton an die Versammlung richtete, in der es am Schlusse hieß: „Im Namen der Stadt Paris übergebe ich Ihnen diese Zentral-Arbeitsbörse mit der Zuversicht, daß sie in Ihren Händen ein Instrument der sozialen Erhebung sein wird, das, während es den Triumpf Ihrer gerechten Forderungen sichert, dazu beitragen wird, durch die Beziehungen, die Sie mit den Arbeitern der anderen Länder anknüpfen werden, eines Tages den Weltfrieden zu begründen.“ Dieser Hinweis auf

„Einer Unbekannten gegenüber?“

„Die mir hoffentlich nicht mehr lange unbekannt bleiben wird?“

„Etwas länger jedenfalls, als wir es vielleicht alle Beide wünschen. Zwingende Gründe, die ich Ihnen jetzt nicht weiter auseinandersetzen kann, nöthigen mich hierzu; und ich muß Sie als den Chef sämtlicher Polizei des Landes ersuchen, mir ja nicht nachforschen zu lassen, denn ich will Ihnen nicht eher bekannt sein, als ich es für passend erachten werde, mich Ihnen ganz zu eröffnen. Ein Nachfragen würde ich für Mißtrauen oder Beleidigung ansehen müssen.“

„Und wie werde ich in der Zwischenzeit mit Ihnen in Verbindung treten können?“

„Sie werden mich unter dem Namen Frau Balsamus finden, unter dem ich mich habe anmelden lassen.“

Den ganzen Abend beschäftigte sich der Ministerpräsident so vorzugsweise mit seiner schönen Unbekannten, daß es allgemein auffiel. Man forschte, wer die Dame sei, ohne daß Jemand Antwort zu geben wußte. Einige Vertraute fragten bei ihm an, erhielten aber nichts zur Antwort, als ein satyrisches, selbstgefälliges Lächeln, und die Gegenfrage: „Das möchten Sie wohl gerne wissen, mein Lieber?“

Einige unter den Gästen, welche dem Ministerpräsidenten dahin gehende leise Vermuthungen zu äußern wagten, es möchte die fremde Dame wohl in ein näheres Verhältnis zu dem Chef des Staatsministeriums treten, hatten bei dem Gefragten schon mehr Glück, denn ihnen wurde neben einem viel gnädigeren Lächeln die vielbedeutende, wenn auch ausweichende Antwort:

„Die Zeit wird's lehren, Verehrtester.“

Auffällig blieb es bei alledem, daß die Dame keine Vorstellungen ersuhr; und so einigte man sich schließlich in der Annahme, daß eine frühere Bekanntschaft jetzt dem Dunkel entzogen und zu einem offiziellen Verlobniß gebracht werden sollte, eine Annahme, welche Raffmans schon deshalb nicht entgegenarbeiten ließ, als er mit Bedrüb in Erfahrung gebracht hatte, daß sein bei Fräulein Dowaal gewagter Schritt nicht unbekannt geblieben war.

la paix universelle (den Weltfrieden) hatte nach dem heute vorliegenden ausführlichen Bericht des „Figaro“ einen „unerhörten Erfolg“. Die Rede des Präsidenten des Municipalparates wurde mehrfach von dem Rufe: Viva la Commune! begleitet. Demnach feierte der Doyen (Ehrenälteste) des Exekutivausschusses der Arbeiterbörse, Gilles, die Autonomie der Arbeiterklasse. Nach energischer drückte sich der Genosse Rouffelle aus, der sich wie folgt vernehmen ließ: „Man muß es wohl wissen, es giebt für uns ebenso wenig Feinde auf der anderen Seite des Rheins wie auf der anderen Seite der Alpen.“ — „Es lebe die Internationale!“ riefen hier die Anwesenden, worauf der Redner fortfuhr: „Wir haben nur ein einziges Ziel: überall der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende zu bereiten.“ Die Feier in der Arbeiterbörse schloß mit einem bestigen Angriff, den ein Arbeiter gegen den Seinepräsidenten Poubelle richtete, weil dieser sich der Begründung der Zentral-Arbeiterbörse feindselig erwiesen hat.

Die Pariser Arbeiter haben wieder einmal glänzend gezeigt, daß sie die „Revolution“, vor der den Spießbürgern so graut, richtig verstehen, und in der Organisation und internationalen Solidarität der Arbeiter die Bürgschaft des Sieges der Arbeitersache und des Weltfriedens erblicken. —

Wozu Ravachol gut ist. Wir haben eine Anzahl Zuschriften von deutschen Arbeitern erhalten, die als „Anarchisten“ aus Frankreich ausgewiesen worden sind, ohne daß sie je etwas mit Anarchisten oder Anarchismus zu thun gehabt hätten. Ravachol's Thaten sind für die französischen Reaktionen, wie wir das von vornherein erwarteten, das Signal für eine richtige Fremdenbegegnung und namentlich Deutscher geworden. Jeder unbehagliche Deutsche wurde zum „Anarchisten“ gestempelt und in brutalster Weise aus Frankreich hinausgemagt. Für diese schmachtvolle Deutscherbegegnung hat unsere Bourgeoispresse, so chauvinistisch sie sonst ist, kein Wort des Tadel oder der Enttäuschung — sind es doch Arbeiter die getroffen sind. Im Gegentheil sie hat zu den „Anarchisten-Ausweisungen“ ebenso lebhaft Beifall geflößt, wie zu den rettenden Thaten Ravachol's. Wir werden morgen Auszüge aus einigen der uns zugegangenen Briefe mittheilen, und richten für heute nur noch an unsere französischen Genossen die Bitte, die Regierung der Republik ob dieser Insamien zur Rede zu stellen. Wir werden Lafargue das Material zusenden, sobald es vollständig ist. —

Ein Brief Louis Blanc's. In Pariser Blättern finden wir einen bisher ungedruckten Brief L. Blanc's an Desflotte. Es heißt darin u. A.:

„Wenn der Sozialismus zur Herrschaft gelangte, nicht durch einen Bürgerkrieg, sondern durch das regelmäßige, ungestörte Spiel des allgemeinen Stimmrechts, mit anderen Worten: durch die Wahl einer sozialistischen Kammer, würde er folgenbereits vorgehen: Zunächst würde er alle Rechte der Minorität sicherstellen, indem er die vollkommene und unzweideutige Unverletzlichkeit der Press, Rede, Abstimmungs-, Vereins- und Versammlungsfreiheit aussprechen würde, Alles freilassen, durch welche eine Minorität zur Majorität werden kann, sofern sie vernunftgemäß ist und es auch beweist.“

„Er würde den allgemeinen, unentgeltlichen und obligatorischen Unterricht durchzuführen, . . . er würde die Grundlagen des Steuerrechts vollkommen ändern . . . und durch eine einzige Steuer die Lasten verhältnismäßig vertheilen, . . . er würde Genossenschaften zu landwirtschaftlichen und industriellen Zwecken schaffen . . .“

Wir kritisieren den Inhalt nicht. Der Standpunkt des Schreibers ist bekannt. Leider ist das Datum des Briefes nicht angegeben. Wir glauben kaum, daß Louis Blanc, optimistisch wie er war, nach der Junischlacht in so idyllischer Stimmung sein konnte. —

Belgien. Am Sonntag fanden die Ersatzwahlen für die Hälfte der Bezirksräthe in Belgien statt. Im Allgemeinen sind die Wahlen liberaler oder radikaler ausgefallen, als die vorhergehenden. Die näheren Ziffern theilen wir nicht mit, weil die Arbeitermassen von diesen Wahlen ausgegeschlossen sind. Die deutschen Bourgeoisblätter, welche von einer „Niederlage der Arbeiter“ reden, haben damit nur eine Probe ihrer Unwissenheit gegeben.

Der belgische „Moniteur“ publizirt heute, wie uns ein Telegramm aus Brüssel mittheilt, die verschiedenen Erklärungen der Kammern bezüglich der Verfassungsrevision nebst einer Erklärung des Königs, welche besagt, daß Ver-

fassung zu einer Revision vorliege. Ein königlicher Beschluß spricht sodann die Auflösung der gesetzgebenden Körper aus und beruft die Wahlkollegien auf den 14. Juni d. J. zur Vor- nahme von Neuwahlen ein.

Jetzt beginnt für unsere belgischen Genossen eine Zeit verdoppelter Thätigkeit. Haben Sie auch keinen direkten Antheil an den Wahlen — denn die neue Kammer wird nach dem alten Wahlgesetze gewählt —, so können sie doch auf das Resultat einen wesentlichen Einfluß ausüben. —

England. Die Versumpfung der alten, d. h. auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung stehenden Parteien ist allen modernen Kulturländern gemein und eine naturgemäße Folge der Abwirthschaftung des im Verfall begriffenen Kapitalismus. In den politisch rückständigeren Ländern, wie Deutschland und Oesterreich ist diese Erscheinung nicht minder zu bemerken, als in den fortgeschrittenen, wie Frankreich, England und Amerika. Um nur von den zwei letzteren Ländern zu reden, so ist es notorisch, daß seit Jahrzehnten die alten Parteien — hier die Republikaner und Demokraten, dort die Konservativen (Tories) und Liberalen (Whigs) — einfach um den Besitz der Regierungsmacht kämpfen, ohne jegliche prinzipielle Frage, die sie trennte. Die „Drinnen“ gegen die „Draußen“, diese wollen „hinein“ und jene nicht „heraus“ — das ist der ganze Inhalt und Zweck des politischen Parteeispiels, gerade wie eines beliebigen Ballspiels.

In England sehen wir das jetzt so recht deutlich bei den Vorbereitungen zur nächsten Wahl. Keine der beiden Parteien hatte einen halbwegs anständigen „Wahlaufruf“ — Nichts als neblige Allgemeinheiten, die „hüben“ ebenso gut vom Stapel gelassen werden konnten wie „drüben“. Die Parteien waren in der größten Verlegenheit, bis Lord Salisbury, der ein Mann von Muth ist, den verzweifeltsten Entschluß faßte, nach den alten verstaubten Lehren „Schutzoll“ und „Freihandel“ zu greifen. Das war eine erlösende That, wenn auch vielleicht keine kluge, und mit den alten, verrosteten Blechfädeln hauen nun „Freihändler“ und „Schutzöllner“ lustig auf einander los. Theaterwaffen, Theaterschlacht. —

Interim „neuen Jurs“.

- März.
1. Chemnitz. W. May, Redakteur des „Beobachter“, wegen Beschimpfung von Religionsbeirathungen und Aufreizung zum Ungehorsam 1 Jahr 3 Monate Gefängnis.
 2. Posen. Genosse Engelmann wegen groben Anstüßes (Polakboykott) 6 Tage Gefängnis bzw. 30 M. Geldstrafe. — Zigarrenarbeiter Bindemann wegen Kriegerverwehrs-Beleidigung 8 Tage Gefängnis bzw. 40 M. Geldstrafe.
 3. Berlin. Tapezierer Bieker 6 Monate und Handlungsgelbste Auerbach 8 Monate Gefängnis wegen Aufreizung. Außerdem Bieker 3 Tage Haft wegen Ungebühr.
 4. Dresden. Genosse Künzel aus Nüßern wegen Gemeindevorstands-Beleidigung vom Amtsgericht zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt, vom Landgericht freigesprochen.
 5. Dresden. Steinmetz Fr. Schmidt durch drei Insanzen hindurch 3 Mark Geldstrafe, weil er Sonntags während der Gottesdienstzeit Flugblätter vertheilt hatte.
 6. Berlin. Genosse Cronheim, Redakteur des „Vorwärts“, 6 Wochen Haft. Von der Anklage der Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften wurde er freigesprochen. Staatsanwaltschaftsantrag: 6 Monate Gefängnis.
 6. Brandenburg. Der Vorsitzende und Schriftführer des Wahlvereins je 10 M. Polizeibüße wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes.
 7. Magdeburg. Genosse Meyer wegen Vergehens gegen § 21 des Pressegesetzes in 2 Fällen 100 M. Geldbuße ev. 10 Tage Gefängnis. In zwei weiteren Fällen erfolgte Freisprechung. Die Genossen Meyer, Göde, Willborn, Reil und Zimmermann, Ab. Schulze von der Anklage gegen § 180, 181 und 166 des St.-G.-B. (Verbreitung des Delamator) freigesprochen.
 8. Groß-Berke bei Hameln. Genosse Heinsmann wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes mit 30 M. Polizeibüße belegt, vom Schöffengericht freigesprochen.
 9. Stendal. Emil Schade, Redakteur des „Allmährischen Sozialdemokrat“, wegen Pastorbeleidigung 1 Woche Gefängnis.

aus mehr als einem Grunde ihr Erscheinen an einem solchen Orte nicht für passend erachtete, hatte sich des stürmischen Drängens Olga's nicht erwehren können und hatte sich müssen abholen lassen. Die junge Russin war außer sich vor Freude über die ungewohnten Herrlichkeiten dieses Vergnügens. Trotz allen Abmahnungen der Mutter mußte sie schaukeln, auf dem Karoussel sich herumfahren lassen, und selbst die Holzenbüsche legte sie an ihre dunkelgerötheten Wangen, um ganz unpartriotischer Weise einige „häßliche“ Rosaten vom Pferde zu schießen. Wenn keine von den Damen sich herbeiließ, ihre Unterstützung bei solchen Extravaganzen zu leisten, so mußte es der Philosoph Mensch thun, den sie als Ehrenkavaller erobert hatte.

Herr Mensch war vollständig widerstandsunfähig gegenüber den stürmischen und fast despotisch geäußerten Wünschen des lebensfrohen Mädchens; er stieg ergebungsvoll in die Schaukel oder auf den großen grauen Schimmel vor ihrem Wagen, schleppte geduldig den Klappstuhl hinter ihr her, nur damit sie sich nicht auf den feuchten Rasen setzte, und mußte trotz aller Aufopferung erleben, daß sie ihn hin und wieder plötzlich bei Seite ließ und sich ganz in der Unterhaltung mit ihrer lieben Freundin Elise verlor.

Den größten Reiz aber hatten für das phantasievolle Köpfchen die Gesellschaftsspiele auf grünem Rasen. Eine halbe Stunde brachte sie im Zuschauen zu, dann aber plagte sie mit dem Wunsche heraus, auch an einem solchen Spiel theilnehmen zu können. Da gab es ein langes Parla- mentiren; Herr Mensch war allerdings sogleich bereit dazu, aber die Damen hielten das für ihr Alter nicht mehr angemessen, und weder Helene, noch Hermine, noch Fräulein Habicht ließen sich bewegen; selbst die vielgeschmeichelte Elise blieb unerbittlich. Enttäuscht und trostlos blickte die arme Olga umher, und einige silberhelle Thränen funkelten in den großen braunen Augen. Da stieß im nämlichen Augenblicke Frank, mit Fräulein Musfeld an Arme zu den Webrigen und hörte auf sein Fragen nach dem Befinden des Fräuleins das ganze bittere Klagegelied. (Fortsetzung folgt.)

- März.
9. Charlottenburg. Genosse Bayer wegen unerlaubten Sprechens bei einer Beerdigung mit 6 M. Polizeibüße belegt, vom Schöffengericht freigesprochen.
 - Wiesefeld. Genosse Groth, Redakteur der „Vollmacht“, wegen Verächtlichmachung 14 Tage Gefängnis.
 - Berlin. Genosse D. Laube wegen Beschimpfung der christlichen Kirche 3 Monate Gefängnis. Schuhmacher Büttner wegen Aufreizung zum Klassenhaß 2 Monate Gefängnis.
 10. Berlin. Genosse Delcourt wegen Religionschmähung 3 Monate Gefängnis.
 12. Mannheim. Genosse Kessler, Redakteur der „Vollstimme“ wegen Fabrikantenbeleidigung 60 M. Geldstrafe.
 - Dresden. Genosse Gradnauer, Redakteur der „S. A. J.“ wegen fahrlässiger Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften (nach § 21 des Pressegesetzes) 1 Monat Gefängnis.
 - Bremen. Die vom Genossen Gottlieb, Redakteur der „Bürger-Zeitung“, gegen seine Verurtheilung zu 200 M. Geldstrafe wegen Beleidigung eingelegte Berufung vom Landgericht verworfen.
 14. Berlin. Die Schriftsetzer Schönfeld und Walde wegen unerlaubter Kollette (Buchdruckerfreil) je 10 M. Der Schriftsetzer Faber wegen Anstiftung ebenfalls 10 M. Geldstrafe.
 15. Berlin. Genossen Stabernack und Neuhaus wegen Gotteslästerung, ersterer 2, letzterer 4 Wochen Gefängnis.
 - Niedersachsen. Schuhmacher S. aus Königsee wegen Gotteslästerung 6 Wochen Gefängnis.
 - Elberfeld. Genosse Lingweiler, Redakteur der „Fr. Br.“, wegen Gotteslästerung (in einer Geburtsanzeige) 1 Monat Gefängnis.
 - Halle. Genosse Illge, Redakteur des „Vollblatts“, wegen Beleidigung eines Rittergutspächters 60 M. Geldstrafe.
 16. Mainz. Genosse Sprenger, Redakteur der „Vollzeitung“, von der Anklage der Majestätsbeleidigung und Schmähung von Staatsanwaltschaften freigesprochen.
 - Machen. Genosse Otten wegen Verächtlichmachung vom Schöffengericht zu 9 Wochen Gefängnis verurtheilt, vom Landgericht zu 2 Wochen Gefängnis.
 17. Hanau. Böttcher R. wegen Fabrikantenbeleidigung durch einen Artikel der „Böttcher-Ztg.“ 60 M. Geldstrafe.
 - Schwelm. Genosse Bömelburg wegen Majestätsbeleidigung 4 Monate Gefängnis.
 18. Kiel. Genosse Rehs wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt bei Anlaß der Konfiskation einer Keller- sammlung, in erster Instanz 4 Monate, in zweiter Instanz 3 Wochen Gefängnis.
 19. Berlin. Drechsler Lehmann wegen Majestätsbeleidigung 6 Monate Gefängnis.
 - Dresden. Genosse Horn, Redakteur des „Fuchgenosse“, wegen Aufforderung zu einer unerlaubten Sammlung (Buchdruckerfreil) auch von dem Landgericht 20 M. Geldstrafe.
 20. Erfurt. Genosse Hülle, Redakteur der „Thüringer Tribune“, von der Anklage einer Gemeindevorstands-Beleidigung freigesprochen.
 - Münsterberg. Genossen Oehme und Dertel wegen angeblicher Aufforderung zu unerlaubter Kollette mit 15 resp. 10 M. Polizeibüße belegt, vom Schöffengericht freigesprochen.
 21. Berlin. Maurer Grothmann von der Anklage der Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften und Bundes- raths-Beleidigung freigesprochen.
 - Magdeburg. Dr. Zug, Redakteur der „Vollstimme“, von der Anklage (§ 181) freigesprochen.
 22. Berlin. Genosse Kullde wegen Richterbeleidigung 2 Monate Gefängnis. — Genosse Delcourt wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes vom Schöffengericht und Landgericht 30 M. Geldstrafe ev. 10 Tage Gefängnis.
 - Offenbach. Max Jahn, Redakteur des „Offenbacher Abendblattes“, wegen Majestätsbeleidigung in erster Instanz zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt, nach Revision des Urtheils in neuer Verhandlung freigesprochen.
 - Wesentlichen. Genosse Rüh, Redakteur der „Bergarb.-Zeitung“, wegen Polizeikommissar-Beleidigung 30 M. Geldstrafe ev. 5 Tage Gefängnis.
 - Wesentlichen. Genosse Rühbach, Redakteur der „S. Arb.-Ztg.“, wegen Lehrerbeleidigung 5 Tage Gefängnis.
 - Erfurt. Genosse Hülle, Redakteur der „Th. Trib.“, von der Anklage des groben Anstüßes (Kaiserpaal-Boykott) freigesprochen. Polizeiamand: 15 M.
 23. Karlsruhe. Schneider Kunzmann von Palmbach wegen Gotteslästerung 4 Wochen Gefängnis.
 - Leipzig. Genosse Thieme wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes 10 M. Geldbuße. Polizeiamand: 30 M.
 - Frankfurt a. O. Schuhmacher Stachely wegen Majestätsbeleidigung auch in letzter Instanz ein Monat Gefängnis.
 - Elberfeld. Genosse Wesch aus Cresfeld wegen Gotteslästerung (durch die Anzeige, daß ihm ein „Heiland“ geboren worden) 3 Monate Gefängnis.
 - Wiesefeld. Genosse Groth, Redakteur der „Vollmacht“, wegen Aufreizung (durch Abdruck des Roday'schen Gedichts: „Wehe der Welt“) 3 Monate Gefängnis.
 24. Chemnitz. Genosse May, Redakteur des „Beobachter“, wegen Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften sieben Monate Gefängnis Zusatzstrafe.
 - Saarbrücken. Genosse Hamm aus St. Johann von der Anklage der unbefugten Kolportage freigesprochen.
 - Erfurt. Genosse Hülle von der Anklage groben Anstüßes (Bar irrthümlich) vom Schöffengericht freigesprochen.
 - Berlin. Die wider Genossen Cronheim, Redakteur des „Vorwärts“, wegen Beleidigung des Staatsanwalts von Essen erhobene Anklage mußte eines Formfehlers wegen niedergeschlagen werden.
 - Berlin. Möbelpolirer Wock wegen Beschimpfung christlicher Einrichtungen 6 Monate Gefängnis.
 25. Tever. Genosse Duden, Redakteur der „Nordmacht“, wegen Domprobierer-Beleidigung 1 Woche Gefängnis.
 - Dresden. Der Redakteur der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“, Fr. Dergel, wegen Beleidigung eines Streikbrochters 60 M. Geldstrafe.
 - Dresden. Genosse Wendlandt wegen Beleidigung der Eisenbahn-Verwaltung 6 Monate Gefängnis, von der Anklage der Beleidigung der Waldenburger Knapp- schaftsklasse freigesprochen. Die bisherigen Strafen in der Höhe von 1 Jahr 10 1/2 Monate Gefängnis wurden in eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monate 8 Tage Gefängnis zusammengezogen.
 26. Dresden. Genosse Hiele, Redakteur der „Vollmacht“, wegen Pastorbeleidigung 150 M. Geldbuße ev. 30 Tage Gefängnis.
 - Dortmund. Genosse Gerlach aus Unna wegen Verächtlichmachung zu 3 Wochen Gefängnis und wegen unbefugten Plakatanhakens statt wie in erster Instanz zu 10 Tagen Gefängnis, zu 3 Tagen Haft.
 29. Elberfeld. Genosse Lingweiler, Redakteur der „Elb.-Fr. Br.“ wegen Beleidigung der Staatsanwälte Pinoff und Baldamus 100 M. Geldbuße.

Zusammen im Monat März: 6 Jahre 8 Monate 21 Tage Gefängnis und 1023 Mark Geldstrafe.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 25. Mai.
Opernhaus. Cavalleria rusticana.
Der Barbier von Sevilla.
Schauspielhaus. Der neue Herr.
Berliner Theater. Nora.
Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Festung-Theater. Ein Doppelfeldmord.
Kesselt-Theater. Firma Rondinot.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Das Sonntagskind.
Thomas-Theater. Die Ulanen.
Adolph-Grün-Theater. Präulein Felsmehel.
Sollentanz-Theater. Der Günstling.
Kroll's Theater. Don Juan.
Ostend-Theater. Die Kellnerinnen von Berlin.
Festung-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Berl. Sommer-Theater
(Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg).
Donnerstag, den 26. Mai:
Eröffnungs-Vorstellung.
1. Hermann und Dorothea, Posse mit Gesang in 1 Akt von D. Kallisch und A. Weiranch.
2. Zwölf Mädchen in Uniform, Vaudeville-Burleske in 1 Akt von L. Angely.
3. Der Kohlenprinz, Original-Posse-Pantomime mit Ballet in 8 Bildern von Rich. Anger.
Vor der Vorstellung u. in den Pausen **Doppel-Konzert.**
Anfang: des Konzerts 6 1/2, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Castan's
Panoptikum.
Grosse Ausstellung.
Zahlreiche Novitäten.
Magneta-Galatea.
Schreckenskammer.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Passage-Panopticum.
Täglich
Theater-
Vorstellungen.
Auch im Sommer.

Moabiters Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80/81.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater**
und **Spezialitäten.**
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pfg.
2289L. **Hellmuth Peters.**

Gratweil'sche
Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Konzert
mit humoristisch. Vorträgen.
Großer Frühst. u. Mittagstisch.
Sowie 6 Billards, 3 Regell.
bahnen und 2 Säle.
F. Sadtke.

Wo speisen Sie?
In der alt. pommer.
schen Küche, Oranienstr. 181, Hof pt.
bei Klein! Frühst.
90 Pf., Mittagstisch
mit Bier 50 Pf., Abendsisch von 30 bis
50 Pf., nach Auswahl. 18902

Geschäfts-Verkauf.
Herren- und Knaben-Garderoben-
geschäft, gute Lage, preiswerth z. verl.
Abreisen unter C. 3 Exped. d. Zeitung.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23 D.P.
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt.
Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 8-10

Achtung! Genossen des III. Wahlkreises!

Am Himmelfahrtstage:
Ausflug nach Dranienburg.
Abfahrt 7 Uhr 25 Min. Nachzügler 9 Uhr vom Stettiner Bahnhof.
899/14 **Der Vorstand.**

Große öffentliche
sozialdemokratische Versammlung
für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis
Mittwoch, den 25. Mai, Abends präzis 8 1/2 Uhr,
im Saale „Altes Schützenhaus“, Linienstraße 5.
Tages-Ordnung:

1. „Die Sozialdemokratie und der Deutschfreisinn“
mit besonderer Rücksicht auf die Stichwahlen. Referent: Genosse
Dr. Lütgenau. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung der Delegierten über
die Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg. 4. Vierteljahresbericht der
Vertrauensleute.
Parteilgenossen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung,
dieselbe wird pünktlich eröffnet.
882/17 **Der Vertrauensmann.**

Den Genossen wird hierdurch bekannt gemacht, daß vom Sozial-
demokratischen Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahl-
kreis am Donnerstag, den 26. d. M. (Himmelfahrtstag), eine

Agitations-Partie
unternommen wird. Pflicht aller Genossen im 5. Wahlkreis ist, sich hieran
zu beteiligen.
Treffpunkt Morgens 7 1/2 Uhr im Lokale von Fröhlich, Neue König-
straße 89. — Da sich die Weipenseer Genossen mit Gesangsverein und an-
schließen, ist der zweite Treffpunkt bei Sternöcker, und Abmarsch von dort
um 8 1/2 Uhr.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Donnerstag, den 26. Mai (Himmelfahrtstag):
Fusspartie nach Blumberg.
Treffpunkt: Morgens 8 1/2 Uhr in Weipensee bei Walewsky (vis-à-vis
Sternöcker), Königs-Schauffee. Treffpunkt für Nachzügler bis 11 Uhr in Reichow,
Restaurant Eindecke, später in Blumberg. 424/3
Zahlreiche Teilnahme erwartet
Der Vorstand.

Achtung!
Deutscher Tischler-Verein.
Am Montag, den 30. Mai, Abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokale Arminhallen, Kommandantenstraße 20, unterer Saal.
Tages-Ordnung:
1. Wissenschaftlicher Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
464/4 **Der Bevollmächtigte.**
NB. Der zum 29. Mai anberaumten Versammlung wurde „wegen zu
später Anmeldung“ die Bescheinigung nicht erteilt.

Aufforderung!
Alle diejenigen Parteigenossen, welche gewillt sind, am Donnerstag
(Himmelfahrtstag) eine **Agitationstour** nach **Buckow** (Frankfurt-Reduier
Wahlkreis) mitzumachen, mögen sich entweder des Morgens 6 Uhr Naunyn-
straße 86 oder 6 1/2 Uhr vor dem Schlesischen Bahnhof einfinden. Für genügendes
Material ist Sorge getragen. Jeder Parteigenosse versehen sich mit einer
Legitimation. Um starke Beteiligung ersucht
Der Vertrauensmann: Erik Jubeil.

Arbeiter-Bildungs-Schule.
Süd- u. Süd-Ost-Bezirk.
Donnerstag, den 26. Mai (Himmelfahrtstag):
Große Landpartie nach Johannisthal.
Restaurant Senffleben.
Für Belustigungen aller Art ist gesorgt. Abfahrt Mittags 1 Uhr 35 Min.
(Städt. Bahn). Theilnehmer-Karten à 10 Pf. sind in den Schulen, sowie
bei den Kommissionsmitgliedern zu haben. Kaffe findet nicht statt.
Die für Sonntag, den 22. Mai, gelösten und noch nicht
kospirten Billets haben hierzu Gültigkeit. 459/15
Es laden freundlichst ein **Die Schulkommissionen.**

Buckow b. Müncheberg (Märkische Schweiz).
Den geehrten Freunden und Genossen bringe ich hierdurch mein Lokal
mit großem Saal und schönem Garten in freundl. Erinnerung. Für gute
Speisen und Getränke ist fleißig Sorge getragen. Achtungsvoll
2458L **Carl Klotz,** Gasthof „Zur Märkischen Schweiz“.

Hüte mit Arbeiter-Kontrollmarken
aus der Genossenschafts-Hutfabrik
Cravatten **Stroh Hüte**
Kragen u. Manchetten **Sonnen- und Regen-**
Handschuhe **schirme, Spazierstöcke**
2461L empfiehlt in reicher Auswahl

G. Gottmann, Große Frankfurterstr. 130 am Ostend-
Theater.
Künstliche Zähne, Zahnziehen, Plombieren etc. O. Arndt,
Andreasstr. 60 (Eing. Kl. Andreasstr. 2199L)

Elegante
Herren- u. Knaben-Garderobe
in allen Qualitäten und zu billigsten Preisen
empfiehlt 2196L
Julius Lindenbaum,
Berlin O., Frankfurterstrasse 139.
Spezialität: Anfertigung nach Maass.
Für reelle Bedienung bürgt mein in allen Kreisen bekannter guter Ruf.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der Tischler u. s. w.
Vertl. Verw. Berlin A. und H.
Am Mittwoch, den 25. Mai 1892,
Abends 8 1/2 Uhr:
Mitgliederversammlung
im Lokale Süd-Ost, Waldemarstraße 75.
Tages-Ordnung:
1. Statutenberathung und Stellung
von Anträgen zur Generalversamm-
lung. 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Jedes Mitglied ist verpflichtet, in
dieser Versammlung zu erscheinen.
300/16 **Die Ortsverwaltung.**

Freie Vereinigung der in der
Papier-Industrie besch. Arbeiter
und Arbeiterinnen.
Donnerstag, d. 26. Mai (Himmelfahrt).
Herrenpartie nach Hermsdorf.
Treffpunkt früh 8 Uhr am Wedding,
für Nachzügler 12 Uhr „Seefischchen“
in Hermsdorf. Um rege Beteiligung
bittet 267/4
Das Vergnügungs-Komitee.

Achtung! **Achtung!**
Rummelsburg.
Am Donnerstag, den 26. Mai d. J.
(Himmelfahrtstag), findet v. Rummels-
burger Arbeiterverein eine
Agitations-Partie
statt. Diejenigen Genossen, welche ge-
willt sind, daran Theil zu nehmen,
werden ersucht, sich früh 7 Uhr im
Lokale des Herrn Borchmann, Berliner-
straße 11, einzufinden. Um zahlreiches
Erscheinen ersucht 110/7
Der Vorstand.

Achtung!
Steinmetzen!
Die Herrenpartie findet am Don-
nerstag, den 26. Mai (Himmelfahrt),
nach **Niedersberg** statt. Samm-
punkt früh 7 Uhr am Brandenburger
Thor, für Nachzügler 8 1/2 Uhr Span-
dauer Bock. Um rege Beteiligung
ersucht der Vorstand von dem Gesang-
verein und der Vertrauensmann
291/4 **Joseph Buchmann.**
Empfehle den Parteigenossen meine
Bestände in **Kränzen, Girlanden,**
Cosyflanzen und Bouquets.
Dekorationen jeder Art.
J. Meissner, 2364L
Bau- und Handlungsgärtner,
Reichenbergerstr. 164.

Reste v. Budstin u. Paletostoffen, pass.
Herren- u. Knaben-Anzüge. Da-
mentuche i. d. neuesten Farben zu Capes,
Regenmänteln u. Jaquets, Gloria zu
Staubmänteln, Blousen u. Jupons
empfiehlt billigst
E. Sommerfeld, Seydelstr. 1, am
Spittelmarkt.

Brot! Genossenschafts-Brot!
ist zu haben beim Genossen 217b
A. Kothe, Rangstraße 11,
im Milchgeschäft.

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von
1 M. Große Anzüge von 7 M. an
bis zum feinsten Kammingarn, auch pass.
zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-
wahl in Paletostoffen, sowie zu
Sommermänteln, Jacketts, Mätsch, Atlas,
Seide, Sammt und Spitzen.
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Bettfedern
in doppelt gereinigten,
sorgfältig bearbeiteten
Qualitäten von 50 Pf. bis
zu den feinsten 8 Mark.
Dannen, chinesische, von
unübertroffener Füllkraft
1,00, 1,75, 2,00, 2,50, welche
3,50, 4,00, 4,50, 5,00 M.
Betten
fertige neue, reelle Füllun-
gen, dauerhafte Stoffe,
vollständiges Bett, (Ober-,
Unterbett, Kissen) 10, 12,
15, 18 M., prima Körper-
Zusatz (Halbdannen-Füll-
ung) 20, 24, 27 M. Damen-
füllung 40, 45, 50 M.
Matrassen, Seegras, Koff-
haar, Indialaser 3,50.
Große Schlafdecken 4,50,
Steppdecken 3,25. Feld-
betten mit Polster 3,50.
Eisenbetten 4,50.
Proben, Preislisten gratis.
Viele Anerkennungs-
schreiben. 2425L
Deutschlands größte
und renommierte
Betten-Fabrik
(eigene Geschäfte)
Adolph Kirschberg
2. Spandauer Brücke 2.
(Geegründet 1878.)

Unserem Klubbruder **August Broch**
zu seinem 62. Wiegenfeste ein donnerdes
Hoch, daß die ganze Wilhelmshavener-
straße wackelt. Verbleibe wohl, August?
210b **Otto Reimer.**

Herrn **Albert Marowski** zu
seinem heutigen Wiegenfeste ein
donnerdes Lebehoch. 202b
S. L., Yorkstraße 31.

Meinem Freunde, den Modelltischler
Carl Sorge zum heutigen Wiegen-
feste ein herbes Hoch! 216b
Ja, mein Freund und denn noch Genet.

Am Montag, den 23. d. M.,
starb nach langem Leiden mein
lieber Mann, unser guter Vater,
Bruder, Schwager und Schwieger-
sohn, der Schriftsetzer
Paul Scholz
im Alter von 88 Jahren an der
Tuberkulose.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 26. d. M., 7 ach-
mittags 5 Uhr, vom Trauerhause,
Mariendorferstr. 8, aus nach dem
neuen Jerusalemer Kirchhof in
Kirchhof in Weich statt.
Um stille Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Am Sonntag, den 22. Mai, verstarb an
der Proletariatskrankheit unser Mitglied
Hermann Freese
im 30. Lebensjahre. Die Beerdigung
findet am Donnerstag, Nachmittags
4 Uhr, von der Kapelle des Johannes-
Kirchhofes in Weipensee statt. 211b
Pillale VI, Moabit, der Zentral-Kranken-
u. Sterbekasse d. Maler u. Berufsgen.

Dankfagung.
Hiermit sage ich allen Verwandten,
Freunden und Bekannten für die liebe-
volle Theilnahme und Krankspenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes, unseres guten Vaters, ins-
besondere dem Chef, sowie dem Personal
der Firma Körner u. Proll meinen
tiefgefühltesten, innigsten Dank.
Wittwe Schmidt nebst Kindern,
Otto und Elsa. 215b

Am 6. Mai d. J. habe ich im Lokal
des Herrn Hoffmann, Hollmannstr. 30,
in m. Erregung e. beidseitige Neuerung
gegen Frau Gerlach, Innenstr. 48, ge-
than, die unwaht ist. Ich nehme die-
selbe hiermit zurück. 206b
Tiedemann, Formet, Reichenbergerstr. 61.

Möbel-Magazin
Paul Hengebauer, Charlottenburg,
Wilhelmsdorferstr. 54a,
empfiehlt Möbel aller Art u. Polster-
waaren eigener Fabrik. Theil-
zahlungen gestattet. 23662

4 ovale Schnapsfässer à 100 Liter z. vl.
24602 **S. Krüger,** Lindowstr. 20.

Laden zur Destillation,
Weinberg Weg 15c, altes Gesch., sof. z.
verm. Näheres beim Verwalter. 205b

Neuer Anzug f. e. Knab. von 14 bis
16 Jahren pass. bill. z. verl. Wiener-
straße 24, Zigarren-Geschäft. 209b

E. schönes Deckbett, Unterbett, Kopf-
kissen sofort für 22 M. zu verkaufen.
Brüderstr. 10, vorn part. 215b

Gut erhalt. **Koch** zu verkaufen bei
Lowange, Waldemarstraße 32, Hof z.

Ein **S. Tuba** (altes) sucht zu kaufen.
Zu erfragen in der Expedition dieser
Zeitung. 2466L

Verkauf eines Bildergeschäfts nebst
Einrahmung und Glaserei **Berlin** in O
gelogen per Kasse. Zu erfragen beim
Restaur. **Denke,** Blumenstr. 35.

Kinderwagen und Reifetörbe,
über 200 Stück, i. Einzeln. bill. zu verk.
in d. Korbwarenfabr. Invalidenstr. 105

Empfehle meine
Strumpf- u. Wollenswaren
mit Kontrollmarke;
auch werden Strümpfe angefrischt.
Robert Wengels,
41 Roppenstr. 41.

Gold- u. Silberschiff-Gedächte lauft
Beck, Saufgüterstr. 40, II. 119b

Frdl. Schlafst. a. 2 Gen. z. verm. bei
H. Erdmann, Kottbuserstr. 2, IV. 207b

Arbeitsmarkt.
Tüchtig. Hartg.-Drehler a. chirurg.
Instrumente. **Louis & H. Loosenstein**
9. Hamburgerstr. 3. 63/19

Stuckateur, welche ihre richtige
Lehrzeit nachw. können u. in a. verl.
Studium Arb. tücht. sind, werden v. d.
Stuckfabrik in Teltow a. Gieser m. 24 M.
Wochenlohn gef. Meldungen Berlin,
Gentliherstr. 14. 212b

Junge Mädchen zur Erlernung der
Schneiderei auf Damen- und Kinder-
mäntel werden verlangt bei
Wegert, Antonstr. 7 v. 3 Tr.

Ausböhler, Schleifer, Hornspil-
fabrik Blumenstr. 24. 208b

Parlamentarische Berichte.

Abgeordnetenhaus.

68. Sitzung vom 24. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertische: Zahlreiche Kommissarien.
In dritter Lesung genehmigt das Haus den Gesetzentwurf betreffend die Kosten für die in Folge des Reichsgesetzes vom 20. April 1892 (betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung) bei der Führung des Handelsregisters vorzommenden Geschäfte, nachdem Abg. v. Strombeck die Regierung aufgefordert hatte, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Kosten für die Eintragung von kleineren Gesellschaften mit beschränkter Haftung ermäßigt werden.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend die Abänderung der auf Grund des § 46 der Wege-Ordnung für die Provinz Sachsen vom 11. Juli 1891 seitens des Staats an die genannte Provinz zu zahlende Rente.

Abg. Lieber (Z.) widerspricht dem Gesetzentwurf, weil derselbe die Provinz Sachsen schädige, ohne daß ein Grund für die Abänderung der Rente zu finden sei.

Gesamtrath v. Rheinbaben weist darauf hin, daß lediglich finanzielle Gründe für die Vorlage maßgebend gewesen seien.

Abg. Schreiber-Nordhausen (fr.) hat ebenfalls Bedenken gegen die Vorlage.

Geb. Rath von Rheinbaben weist darauf hin, daß der Provinzial-Landtag gegen die Vorlage nichts einzuwenden gehabt habe.

Abg. von Strombeck (Z.) erkl. in der Vorlage eine Schädigung der Provinz Sachsen und wünscht, daß mindestens eine Abänderungsfrist für die Abänderung der Rente festgesetzt wird.

Geb. Rath von Rheinbaben erklärt, daß die Regierung gesetzlich das Recht zur Abänderung der Rente habe und daß die Finanzverwaltung im Interesse der Sparbarkeit von diesem Recht Gebrauch machen zu müssen glaube.

Abg. Graf Limburg-Stirum (N.) empfiehlt ebenfalls im Interesse der Sparbarkeit die Annahme der Vorlage.

Die Abgg. Franke und Nicker halten die Vorlage für eine Ausföhrung des Gesetzes und deshalb deren Erledigung ohne Kommissionsberatung für möglich.

Das Haus verzichtet auf eine kommissarische Beratung.

Die Wahl des Abg. Grimm-Frankfurt wird nach längerer Debatte auf Grund des Antrages der Wahlprüfungs-Kommission für ungültig erklärt.

Darauf folgt die Beratung von Petitionen.

Die Witwe des 1886 verstorbenen Dr. Paulsen, pensionierten Direktors des Taubstummen-Instituts zu Schleswig, bittet um Gewährung einer Pension, auf die sie zwar keinen Rechts-, aber einen Billigkeitsanspruch zu haben glaubt.

Die Kommission beantragt, die Petition der Regierung zur Erwirkung zu überweisen.

Die Abgg. Christophersen (fl.) und Jürgensen (natl.) empfehlen die Ueberweisung zur Berücksichtigung, welches vom Hause mit großer Mehrheit angenommen wird.

Die Petition der Grundbesitzer Hansen und Genossen in Neiß und anderen Orten des Kreises Sonderburg um Uebernahme eines Theils der von ihnen an verschiedene kirchliche Stellen zu entrichtenden Hofabgaben auf die Staatskasse wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt; ebenso die Petition der Lehrer Ramislo und Genossen in Odersch um Abänderung des Gesetzes von 1855 betr. die Pensionierung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen.

Die Petition des Direktors der Handwerker- und Kunstgewerbe-Schule Lachner in Hannover um Erhöhung der Ausgabemittel des Etats für gewerbliche Schulwesen, die Petition von Gödicke und Genossen, des Vorstandes der Zimmerei Bauhütte und des Vorstandes der Malerinnung in Jhehoe um Erhöhung des Staatszuschusses für Fortbildungsschulen werden der Staatsregierung als Material überwie sen.

Die Petitionen des Ober-Amtmannes Humberg zu Bildungen wegen Wiederherstellung eines Theiles der von ihm für die Domäne Wobern gezahlten Pacht und des Klempnermeisters Voh in Kleinfeld in Hofsein, betr. den Ersatz von Kosten für Beschädigung seines Wohnhauses durch Wasser nach Herstellung einer fälligen Anlage, werden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Dagegen wird die Petition des Vorsitzenden des Zentralvereins preussischer Berufsrichter, betr. die Fiskalerei in der Tiefsee der Ostsee, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Abg. Nicker bittet den Präsidenten um Auskunft, wann der Schluß der Session erfolgen werde. Der Zustand, daß ein Tag Sitzung sei und dann wieder ein paar Tage pausirt werde, führe zur Verwirrung. Dann sei es besser, jetzt recht bald abzubrechen und nach Pfingsten alles in einem Zuge zu erledigen.

Präsident v. Köller: Ich habe Grund, anzunehmen, daß die Berichte der verschiedenen Kommissionen bald festgesetzt sein werden. Wir können am Freitag das Lehrergesetz, am Sonnabend das Militärärzner-Gesetz und in der nächsten Woche das Tertiärbahn-Gesetz erledigen.

Die Abgg. v. Speerman, Graf Limburg und Freiherr v. Jedlitz schließen sich diesen Ausführungen an; sie halten es für richtig, möglichst viel vor Pfingsten zu erledigen, damit möglichst wenig für die Zeit nach Pfingsten übrig bleibt.

Abg. Nicker bezweifelt, daß man vor Pfingsten noch etwas Erhebliches erledigen könne; die Beschlußfähigkeit des Hauses werde sich nicht herbeiführen lassen.

Präsident v. Köller: Ich habe nach verschiedenen Seiten hin die Mahnung ergehen lassen, für die Beschlußfähigkeit des Hauses zu sorgen. Wenn wir die 3 erwähnten Gesetze vielleicht im Laufe der nächsten Woche erledigen, habe ich sichere Kunde, daß das Herrenhaus auch noch vor Pfingsten die Sache erledigen wird. (Zustimmung.)

Schluß 1/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Gesetzentwürfe, betreffend die Gleichstellung der Lehrer an städtischen und staatlichen Anstalten.)

Parteinachrichten.

Im Reichstags-Wahlkreise Herford-Halle, in welchem durch den Tod des Abgeordneten v. Kleist-Regow eine Nachwahl nöthig ist, das Wahlergebnis nach dem Ergebnis der 1887er und 1890er Wahl das folgende. Es wurden an Stimmen abgegeben:

| | |
|--------|---------------------------------|
| 1887 | 1890 |
| 10 318 | 7890 für die Konservativen, |
| 3 455 | 2168 für die Nationalliberalen, |
| 1 358 | 1286 für den Freisinn, |
| — | 37 für das Zentrum, |
| 957 | 2191 für die Sozialdemokratie. |

Danach ist unsere Partei die zweitstärkste in jenem Wahlkreise, wobei noch zu berücksichtigen, daß es sich für uns bisher immer nur um eine Zahlkandidatur gehandelt hat. Im Uebrigen

geht aus dem Stimmenverhältnis hervor, daß jener Wahlkreis ebensowenig eine Hochburg des Junkertums, eine „deutsche Vendée“ ist, wie Pommern, von welcher Provinz man das oft behaupten hört. Auf Anregung der Parteigenossen in Halle erläßt die Redaktion der „Vorwärts“ an die Genossen des Herforder Wahlkreises die Aufforderung, die auf Sonntag, 20. Mai, nach Nehme einberufene Parteikonferenz des Windener Wahlkreises durch Delegirte zu beschicken, damit die vorbereitenden Schritte zur Einleitung einer thätigen Agitation für die Reichstags-Nachwahl am Sonntage auf dieser Konferenz erörtert werden können. Diese Aufforderung beruht auf der festen Erwartung, daß die Genossen des Windener Wahlkreises ihre Hilfe in der bevorstehenden Wahlagitation nicht versagen werden. Auch die Genossen des Bielefelder Wahlkreises werden zweifellos einen Theil der Wahlarbeit auf sich nehmen; letztere werden auf einer am Sonnabend, den 28. Mai, stattfindenden Parteiverammlung diese Angelegenheit in Erörterung ziehen.

Genosse Bebel theilt uns aus London mit, daß unsere in der ersten Beilage des „Vorwärts“ vom 22. Mai enthaltene Abfertigung der „Unabhängigen“ auch bezüglich des Schreibens, welches er an den Holländer Cornelissen gerichtet hat, in allen Punkten den Thatsachen entspricht.

In Münchener Blättern will ein Berliner Klatschblättchen die Nachricht gefunden haben, daß der Abg. Bebel durch ein „hartnäckiges Halsstehen“ genöthigt sei, aus dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei auszutreten, und daß er an seiner Statt den Abgeordneten Schippel vorschläge. Wir können dem Erfinder dieser Nachricht zu seiner reichen Phantasie nur Glück wünschen; weiter hat die ganze Geschichte keine Bedeutung.

In Duisburg fand am 20. Mai die zweite Wahl zu den Gewergerichten statt, da die erste der vorgelommenen Gewerke wegen laßirt worden war. Von den zehn zu wählenden Beisitzern der Arbeiter entstammen sieben der Liste der sozialdemokratischen Partei und drei der Liste der „Ordnungspartei“. Zu letzteren wählten vereinigt die Fabrikantenpartei, die Fisch-Dunkerischen Gewerkevereine und die katholischen und evangelischen Arbeitervereine. Die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen hat gegen die vorige Gewerkegerichts-Wahl bedeutend zugenommen, sie stieg von 1484 auf 2120.

Eine große Stettiner Volksversammlung, welche am 17. Mai im Saale der Grünhofbrauerei „Vod“ abgehalten wurde und von rund 2000 Personen besucht war, sprach in einer einstimmig zur Annahme gelangten Resolution über das Vorgehen der Polizei am 1. Mai ihre tiefste Entrüstung aus; sie erkl. darin einen neuen Beweis der Thatsache, daß die Arbeiter nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Die Versammlung verpflichtete sich deshalb, „mit allen nur zulässigen geschlichen Mitteln für baldige Aenderung des jetzigen Systems und für Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele zu agitiren, denn nur dann werden Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit zur Wahrheit werden.“ Hieraus wurde das Bureau beauftragt, die Polizei-Direktion schriftlich zu befragen, ob sie das Vorgehen der unteren Polizeibeamten am 1. Mai billige.

An die Parteigenossen Sachsens! Gemäß dem Beschluß der letzten sozialdemokratischen Landesversammlung in Hohenstein-Ernstthal haben die Dresdener Parteigenossen in öffentlicher Volksversammlung die Wahl eines Zentralkomitees für die Agitation in Sachsen vorgenommen und die Unterzeichneten in dieses Komitee gewählt. Dasselbe hat sich nunmehr konstituirte und ersucht die Parteigenossen Sachsens, sich in allen Angelegenheiten der Agitation, die sich innerhalb der einzelnen Reichstags-Wahlkreise nicht erledigen lassen, an seine Adresse zu wenden.

Karl Günther, Anton Heilwed, Adolf Offenbrück.

Alle Korrespondenzen sind zu richten an Adolf Offenbrück, Dresden, Rosenstr. 3.

Die Konferenz der Sozialdemokratie des Wahlkreises Minden-Lübbecke hat wegen unterlassener Anmeldung auf Sonntag, den 29. Mai, verschoben werden müssen. Sie tritt an diesem Tage Nachmittags 1/2 Uhr in Rehm im Lokale des Gastwirths W. Mölle zusammen. Abrechnung, Organisation und Agitation sind die Hauptpunkte der Verhandlungen.

Zur Agitation. Die Leipziger Parteigenossen unternehmen jetzt in allen Bezirken Ausflüge nach den äußeren Orten des 13. Reichstags-Wahlkreises, theils um die ländlichen Arbeiter mit Lesestoff zu versorgen, theils um mit ihnen persönlichen Verkehr zu unterhalten. Es ist noch nicht allzu lange her, als die Bewohner des platten Landes beim Besuche von Sozialdemokraten riefen: „Macht die Thüren zu, sperrt die Gänge ein, die Sozialdemokraten kommen.“ Die Landleute haben sich inzwischen überzeugt, daß sie ihre Gänge vor ganz anderen Leuten zu schließen haben, und so ist denn zwischen uns und den Landleuten jetzt der Verkehr in manchen Ortschaften schon ein recht vertraulicher. Am Sonntag haben die Parteigenossen wiederum Ausflüge gemacht und dabei eine Anzahl Manifest-Nummern sowie einige Exemplare des „Wählers“ zc. mitgenommen. Die Landleute nahmen diese Schriften mit großer Freude entgegen und unsere Parteigenossen mußten das Versprechen geben, bald wieder zu kommen. Die Zeiten sind also in unserem Kreise vorüber, wo „Ordnungsmänner“ sagen konnten: Die Bauern gehören uns! Das Blatt hat sich gewendet.

Durg. Seit 19 Monaten ist es uns endlich einmal gelungen, einen Saal zu einer Versammlung zu bekommen. Gleich nach Aushebung des Sozialistengesetzes wurden uns die Säle verweigert; die Wirths fürchteten die Entziehung der Tanzkonzession u. s. w. und die „Freisinnigen“, die hier am Ruder sind, riefen sich darüber verärgert die Hände, was Niemanden wundert, der diese Leute in nächster Nähe kennen gelernt hat. Doch gleichviel wie die besitzenden Herrschaften den „geistigen Kampf“ führen, die Burger Arbeiter stehen fest. Dies bewies auch die Versammlung, welche am 20. Mai in der Flora abgehalten werden konnte. Bis auf den letzten Platz war der Saal gefüllt. Das Referat zu dieser Versammlung hatte Genosse Th. Glöck-Berlin übernommen. Derselbe geißelte die heutigen Zustände und wies das Unhaltbare derselben an den verschiedenen Skandalprojekten und ähnlichen Vorkommnissen nach, die in letzter Zeit den Gegenstand der allgemeinen Diskussion bildeten. Die Versammlung gab durch einstimmige Zustimmung den Ausführungen des Referenten in allen Punkten recht. Nach Besprechung verschiedener örtlicher Verhältnisse trennte man sich mit dem brausenden Gesang der Arbeitermarzschlaife.

Auch im schwarzen Fulda ist die Kaiserfeier zahlreich besucht gewesen und bestens verlaufen; ebenso in Calbe a. S. und Schönlank.

In Jena hat kürzlich der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Harmening in einer Versammlung seiner Parteigenossen nach dem Bericht des „Jenae Volksblattes“ geäußert:

„Wenn ich von sozialer Thätigkeit spreche, so bin ich in der That der Ansicht, daß allein durch Bodenreform etwas zu erreichen ist. Wir brauchen deshalb keine Sozialdemokraten zu werden. Zwischen den Forderungen der Bodenreformer als in sich abgeschlossenen und denen der Sozialdemokraten, welche alle Produktionsmittel vergesellschaften wollen, ist ein himmelweiter Unterschied. Mit dem Schlagwort „Verstaatlichung“ trifft man das nicht. Die Wohnungsfrage z. B. spielt eine große Rolle, diese sei ein Theil der Bodenreform, obwohl sich die Herren, die sich dafür interessieren, immer mit Leib und Seele dagegen verwehren. Lösen läßt sich diese Frage nur, wenn die Gemeinden als solche die Lösung in die Hand nehmen. Erst wenn das Areal nicht mehr durch Bucherhände in die Höhe geschraubt wird, wird man Wohnungen genugsam schaffen können. Jetzt finden in Berlin sogar schon die gemeinnützigen Baugesellschaften zu leidlich annehmbaren Preisen kein Areal mehr. Die Baugesellschaften vermögen Wohnungen für höchstens 5000 Personen im Jahre zu schaffen. 50 000 bedürfen aber derselben. Nein, die Kommunalisierung des Grund und Bodens hat nichts gemein mit den Forderungen der Sozialdemokratie, wenn auch diese ohne Aufgabe ihres Programms die Forderung unterstützen muß. Thäte sie das nicht, so müßte man ihr allerdings den Vorwurf machen, daß sie wohlthätige Zwecke absichtlich verhindert. Der Hauptunterschied zwischen Sozialdemokratie und Bodenreform liegt in der Frage der Verteilung der Güter. Die Sozialdemokratie wird nicht im Stande sein, ihr Programm zu verwirklichen. Mit der Beseitigung der gegenwärtigen Produktionsweise ist die Haltbarkeit einer neuen noch nicht gegeben. Der sozialdemokratische Staat wird daran scheitern, daß der Sozialdemokratie nicht die Fähigkeit gegeben ist, die Gesamtproduktion, die sie in die Hand nimmt, auch entsprechend zu verteilen, Produktion und Verteilung kann nur geschehen auf Grund individueller Fähigkeiten und durch Bethätigung der individuellen Fähigkeiten. Auf andere Weise läßt sich in absehbarer Zeit der Staat nicht aufbauen.“

Der Bericht zeigt mit angenehmer Deutlichkeit, daß der linke Flügel der freisinnigen Partei, welchen Dr. Harmening vertritt, abgesehen von der Bodenbesitz-Reform, sich von dem durch Eugen Richter vertretenen, wirklich in Nichts unterscheidet. Hier wie dort der alte öde Unfug mit dem Begriff „Individualität“. Letztere soll das Schöne sein, was die bürgerliche Epoche gebracht hat, während gerade in dieser Epoche die Individualität sich am wenigsten entwickelt, weil der Kapitalismus Alles, was originell, individuell, gewaltam oder im Wege der Korruption aufsteigt. Er läßt nur zwei Typen gelten: Prolet und Proletar.

Ein internationaler Klub sozialistischer Studenten ist am 1. Mai d. J. in Zürich gegründet worden. Im Statut desselben heißt es:

1. Der Klub ist sozialistisch und international. Er bezweckt die wissenschaftliche Ausbildung seiner Mitglieder in Bezug auf den modernen Entwicklungskampf im Sinne des Sozialismus. Diese theoretische Schulung soll die Mitglieder zur praktischen Förderung der sozialistischen Bewegung vorbereiten.

2. Der Zweck des Vereins wird angestrebt:

- a) durch Vorträge, Referate und Diskussionen in wöchentlichen Zusammenkünften;
- b) durch Beschaffung einer Bibliothek und Einrichtung eines Lesesimmers;
- c) durch Herausgabe von Druckschriften sozialistischen Inhalts.

3. Mitglieder des Klubs können sein Studenten und gewesene Studenten beider Geschlechter.

Der Klub schließt sich dem Verbands der zürcherischen Arbeitervereine (Zentralausschuß) an. Im Falle der Auflösung soll sein Vermögen dem deutschen Arbeiterverein „Eintracht“ in Zürich zufallen.

Ans Chicago wird uns unterm 7. Mai geschrieben: Der 1. Mai ist auch hier von den organisirten Arbeitern programm-mäßig gefeiert worden, indem dieselben einen Marsch von der Briglegery-Halle, Monroe- und Perriestreet, nach der Laforest, Seesufer, veranstalteten, wo dann am Schluß von drei Wagen Reden gehalten wurden. Daß die Beteiligte nicht eine größere war, ist wohl dem Umstand zuzuschreiben, daß es frühmorgens stark geregnet hatte, andererseits scheint man hier der Ansicht zu sein, daß an derartigen offiziellen Demonstrationen nur Arbeiter, welche irgend einer Union angehören, theilzunehmen haben. Diejenigen nun, welche keiner Organisation angehören, also die bei Weitem größte Masse, haben sicher den Maifestag wie gewöhnlich in den Bier-wirtschaften gefeiert. Staunenswerth war das Massenaufgebot der Polizei an der Laforest; dieselbe machte ein Zehntel aller Anwesenden aus, angehts des durchaus friedlichen und musterhaften Auftretens der Arbeiter rief das einen gar komischen Eindruck hervor. Ohne einen Zwischenfall sollte es jedoch nicht abgehen. Vier rothe Fahnen, welche im Zuge geführt worden waren, wurden fortgenommen. Ob dies „von Rechts wegen“ geschehen ist, soll nun eventuell an höchster Gerichtsstelle entschieden werden. Auch eine Festzeitung war zur Feier des Tages erschienen: „The Eight Hour Day“ (Achtstundentag), welche mit einem schönen sympathischen Poem beginnend, gleich hinterher in recht amerikanischer Reklamenart fortfährt wie folgt: „Hurrah! Hurrah! Der 1. Mai ist da. Arbeiter und Freunde! Wenn Ihr Euch gut kleiden wollt, dann sprecht bei uns vor. Wir können einem Leben, ob dick, kurz, stark oder schlank gut passende Kleider geben Jondorf Bros.“ Ferner „Ist der Franke ist verückt, hat eine verrückte Front und verrückte Preise und wird, ehe ein Jahr um ist, bankrott sein“ u. s. w. So ist hier nun einmal „Prinzip“ und Geschäft ungetrenntlich und wird auch so bleiben. Es darf der kapitalistischen Presse kaum ein Vorwurf hierfür gemacht werden, wenn man in denselben Fehler verfällt. Genosse Bebel beklagte sich neulich bei dem „St. Louiser Tageblatt“, daß die Arbeiterpresse Amerikas die Fühlung mit der deutschen Bewegung verloren hätte, d. h. den rechten Gang derselben nicht genau kenne. Letzteres darf nicht wundern. Abgesehen von der anarchischen Presse, welche die deutsche Bewegung in ihrem Interesse vollständig ignorirt, liegt dies eben daran, weil hier die Entwicklung auch nicht entfernt Schritt gehalten hat mit der deutschen. Das liegt nun einmal an den eigenthümlichen Verhältnissen dieses Landes. Besonders hier in Chicago, wo die sog. Arbeiter-Zeitung ihr Möglichstes gethan, um eine allgemeine Bewegung anzurichten. Wenn Jemand gestraft wird: „Bist Du Anarchist?“ so lautet die Antwort: „Ich denke, das sind wir Alle“, oder die „deutsche Sozialdemokratie ist im Begriff, eine parlamentarische Regierungspartei zu werden. Wir brauchen keinen Staat“ und so fort. Ja, es kommt nicht selten vor, daß unsere besten Genossen, welche die größten Opfer im Interesse der Partei gebracht haben, mit Mißtrauen beurtheilt werden, weil sie thätige Antheilnahme an den parlamentarischen Arbeiten und Propaganda für den Sozialismus unter der Landbevölkerung empfehlen. Die Thätigkeit ist jetzt hier recht reger, aber immer noch nicht im Stande, alle Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Die Ursache lehrt ein Blick in eine hiesige Fabrik — Plohn Mühle — es ist da schwer zu sagen wer eigentlich hier die maßgebenden Faktoren sind, die Maschinen, „gelernte“ Arbeiter oder die „Labor Men“, Arbeitsmänner. Die Produktionsweise ist hier durch-

weg anarchisch. Wenn es so weiter geht, ist der Tag sehr nahe, wo nur noch Arbeiter und Maschinen nötig sind und die „gelernten“ Arbeiter ganz ins Hintertreffen gekommen sind. Mit (Seh-) „Maschinen“ droht man auch den hiesigen deutschen Schriftsehern, welche sich seit einigen Wochen im Streit befinden, weil vier Blätter sich weigerten, den Kontrakt mit der Union zu verlängern. Bekanntlich schlossen hier einige Unions (Fachvereine) Kontrakte mit den Hosen auf gewisse Zeit unter Stipulation eines bestimmten Lohnsatzes, darin liegt die Anerkennung der Union als vollberechtigter Faktor; wenn dann aber bei Ablauf des Kontrakts eine Verlängerung des Verlängerungs von Seiten der Hosen erfolgt, beginnt der Kampf von Neuem.

Vollzeitliches, Gerichtliches etc.

— Wegen Verleumdung des Stadtraths zu Dresden wurde der Landtags-Abgeordnete August Raben vom Amtsgericht zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt. In einer Versammlung am 18. Juli v. J. hatte Raben gesagt, es sei zu verwundern, daß der Stadtrath dem Dresdener Reiterheim 5000 M. als Ehrenpreis bewilligt habe. Das Wettrennen sei eine Thierquälerei, die der Stadtrath auf diese Weise unterstütze und zwar mit dem Gelde der Steuerzahler. Dagegen sei ihm ein Fall bekannt, daß eine 60 Jahre alte, kranke und hungernde Frau mit ihrem Unterstützungsgesuche vom Armenamte abgewiesen worden sei. Erst nachdem sie von Pontius zu Pilatus gelaufen sei, habe man sie mit — einem Paar alter Hilschuhe abgefunden. Rabens Angaben beruhten sämtlich auf Wahrheit und als Bürger von Dresden und Landtags-Abgeordneter hat er sich für berechtigt gehalten, solche Handlungen des Rathes in Wahrnehmung berechtigter Interessen zu kritisieren. Das Gericht erkannte jedoch, wie oben mitgeteilt.

— Der Arbeiter-Bildungsverein in Glimshorn ist jetzt von der Liste der politischen Vereine gestrichen worden und darf daher zu seinen Vergnügungen wieder Damen zulassen. Daß das nur ein „unpolitischer“ Verein darf, ist eine löbliche Illustration zum preussischen Vereins- und Versammlungsgesetz.

— Nr. 13 der „Zeitung deutscher Bergleute“ wurde in Gelsenkirchen wegen einer Notiz aus Eschweiler konfisziert, welche die Spitzmarke trägt: „Die Glücklichsten unter den Sterblichen.“

— Redakteur Grimpe von der Elberfelder „Freien Presse“ hatte gegen das Urtheil der Strafkammer des dortigen Landgerichts, daß ihn wegen Verleumdung des Bürgermeisters Thomas zu Belbert zu 200 M. Geldstrafe verurtheilt hatte, Revision angemeldet. Es handelte sich um einen Artikel, in welchem dem Bürgermeister unberechtigte Beeinflussung der Wirthschaft nach der Richtung hin vorgeworfen wurde, daß diese den Sozialdemokraten ihre Säle nicht zur Verfügung stellen sollten. Der Revisionsantrag gründete sich darauf, daß die Strafkammer Grimpe den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) nicht zuerkannt hatte. Das Reichsgericht fährt nun aus, der Revisionsantrag treffe nicht zu und dieserhalb sei die Revision zu verwerfen. Mit diesem Erkenntnis sind sämtliche Anklagen erledigt, die sich Grimpe als „Verantwortlicher“ zugezogen hat.

— In Magdeburg wurde am Montag der Redakteur der „Volkstimme“, Genosse Loewe, wegen Majestätsbeleidigung verhaftet, die er durch Abdruck des Artikels der „Sächsl. Arbeiter-Zeitung“ begangen haben soll, wegen dessen der Redakteur der letzteren verurtheilt worden ist.

Lokales.

Aufforderung. Diejenigen Parteigenossen, welche gewillt sind, am Donnerstag (Nimmelfahrt) eine Agitationstour nach Budow mitzumachen, werden gebeten, entweder am Donnerstag früh 6 Uhr Raumnst. 86, Restaurant Zubeil, oder 6 1/2 Uhr vor dem Schlesienschen Bahnhof sich einzufinden. Material ist genügend zur Stelle. Jeder Theilnehmer wird ersucht, sich mit einer Legitimation zu versehen. Um zahlreiche Theilnahme ersucht der Vertrauensmann Fr. Zubeil, Raumnst. 86.

Aus den Kreisen der Dachdecker erhalten wir folgendes Schreiben: In Nr. 116 vom 19. Mai findet sich unter „Lokales“ in Ihrer geschätzten Zeitung eine Zuschrift der Berliner Dachdecker-Zunft, die wohl für den Laien bestimmt war, und in der die gefahren Herren des Boykots und der Zunft etwas Klame machen wollten, denn das Halsbrechen überlassen sie lieber dem Arbeiter auf der Hängerrüstung. Und da können wir Dachdeckergerellen doch nicht so mißlichweigend es hingehen lassen, wenn der Obermeister „mal seine Klammertrommel in Bewegung setzt.“

Wenn in der Zuschrift unter sachlichen Gründen angeführt wird, daß der Dachdecker das Lawerwerk prüfen soll, wie der Seemann es prüft, so möchten wir bloß die Frage aufwerfen: Welchem Dachdeckergerellen, der die Verantwortung für das Hängerrüst übernimmt, wird wohl die Zeit gewährt, das Lawerwerk zu untersuchen? Wievielmer ist es bei mehreren Unternehmern Unus, daß Derjenige, welcher die Rüstung anmacht, garnicht Derjenige ist, welcher die Verantwortlichkeit für dieselbe übernimmt, sondern ein ganz Anderer erscheint dann auf der Baustelle, der von der Hängerrüstung sehr wenig versteht. Aber derselbe ist billig und das giebt den Ausschlag in der ganzen Sache. Die Hauptsache ist, daß ein jeder Meister resp. Unternehmer recht viel verdient an der Arbeitskraft seiner Arbeiter. Wir können sogar Fälle anführen, wo ein Mann, Nicht-Dachdecker, für eine Hängerrüstung die Verantwortung übernommen hatte oder vielmehr übernehmen mußte, der zum ersten Mal eine solche gesehen hatte, der noch nicht einmal auf der Rüstung stehen konnte. Zum Glück waren die Mauer, welche auf der Rüstung zu freilegen hatten, vertraut mit der Hängerrüstung.

Die Hauptfrage in Sachen Hängerrüstung, über welche Herr Keller sich nicht äußert, ist die der Anhängung der verfaulten Stricken, welche sagen Laue; dadurch entstehen die meisten Unglücksfälle. Es wird gesagt von den sogenannten Unternehmern, wenn sie von Seiten der Arbeiter aufmerksam gemacht werden, daß das Lau schlecht ist: „Ach was! an den Ecken geht es noch; benutzt doch dasselbe nicht in der Mitte.“ Nun wird der Lau wieder bei Seite gelegt, ein Anderer kommt, muß ankriechen, und Eile thut noth, denn Schnelligkeit ist die Hauptsache. Der darf nicht erst fragen, ob Ende oder Mitte. Vorwärts heißt es da! Wenn Sie nicht wollen, so kann ich Sie nicht gebrauchen. Der letzte Unglücksfall in der Vorsichtstraße ist auf diese Weise entstanden, wie uns von Augenzeugen berichtet ist.

Warum, fragen wir, befaßt sich der Obermeister der Dachdeckerinnung nicht mit der Frage über die Laue, sondern nur bloß mit den Dachböden, Auslegern u. s. w. Und die Hauptsache wird umgangen. Vor Ertrag der Verordnung des königlichen Polizeipräsidenten waren Sie, Herr Keller, als Sachverständiger zur Berathung zugezogen. Warum haben Sie nicht veranlaßt, daß diese Mißstände fortfallen?

Eins müssen wir noch anführen, daß die Hängerrüstung eine sehr schöne Einrichtung ist, besonders zum Streichen von Facaden. Es dürfen nur keine verfaulten Laue dazu verwendet werden. Es ist ein sehr leichtes Arbeiten auf derselben, während die Beistreichung eine Schinderrüstung ist und den Arbeitern auf derselben noch größere Schwierigkeiten bevorstehen. Jetzt ist dieselbe ja noch neu, aber die Erfahrung wird unsere Behauptung bestätigen.

Zu der „freien literarischen Gesellschaft“ hielt Montag Abend Herr Maximilian Harden ein Plauderständchen über Bismarck und die Literatur, in dem er eine ziemlich zahlreiche Zuhörerschaft durch eine lange Folge mehr oder minder

geistreicher, mehr oder minder zum Thema gehöriger Aphorismen zu unterhalten suchte — und in gewissem Grade auch vermochte.

Der Ueberschwenglichkeit bekam da mancherlei Wunderdinge zu hören: Bismarck der Mann der Realität! Der Klassiker unserer Literatur! Der größte Staatsmann und zugleich nicht minder große Redner! Und Alles in Allem ein Originalgenie! Man erfuhr da, daß die Bedeutung eines Staatsmannes keineswegs im einsichtsvollen, im prophetischen Verständnis der jeweiligen Zeit- und Kulturbedürfnisse — oder in der außerordentlichen Erhabenheit seiner Pläne — oder auch nur seines Charakters — kurz in bestimmten, zur höchsten Potenz gesteigerten Eigenschaften eines Kulturmenschen liegt, sondern darin, daß er zur rechten Zeit für seine Sache — wer fragt, was für eine Sache, da wir doch jenseits von Gut und Böse sind? — ein passendes Jutand fand, daß starke Leidenschaft — wer fragt, welche? — in seinem Innern bausen, daß er zu imponiren weiß und kurz und gut, daß er frech ist, frech, wie der Vaterlandsverleugner Bälou. Und was die Welt an diesem Exemplar eines der „edlsten und gebildetsten Deutschen“ eigentlich hat, wie ihm, wenn er nur den Mund öffnet, sogleich der Verstand hinausfliegt, wie sein Geschwätz also nicht mehr zu beachten ist, als das eines Bild- oder Jesumünze, darüber hat vorgestern Herr Harden eine dankenswerthe authentische Aufklärung gegeben!

Was kümmert es, daß Bismarck, dieser verlogenste und ver-schlagenste aller Menschen, offen und gerade nur dann war, wenn er es billig hatte, doppelt brutal und rücksichtslos zu sein? — Er war ein Originalgenie! Wenn auch ein reaktionäres Genie — aber ein Genie! Eine Individualität!

Und wahrlich, wir können es den Herren Nietzsche und Harden und dergleichen von Herzen nachfühlen. Dieses Dürsten nach einer Individualität, einer Kraft! In einer Zeit, wo die Männer in der Bourgeoisie seltener werden, wie tausend-jährige Eichen, und diese Selteneren noch dazu, wenn sie nur ein wenig die Aussicht haben oder wuchernden Schmaroher-pflanzen die Nahrung wegsaugen, gar rasch die Art an der Wurzel spüren müssen; in unserer Zeit des geistigen Marasmus der Bourgeoisie, der Kraftlosigkeit der Venden und der marklosen Knochen! — Ein Mann! Ein Mann! — Und wenn's ein Richard III. wäre, er wäre original, er ist eine Kraft, er steht die verpumptste Welt in Fluß! — Und aus wie nahem Quell entspringt die Schwärmeret für große Verbrecher und „Anarchisten“ — die Schwärmeret unserer „ächtigen“ Damenwelt für Kraft-Originalgenies à la Adis! Was scheren wir uns um Gut und Böse; Kraft! Kraft! brauchen wir — und sei es die Kraft der „glücklichen“, lebensfrohen Urraxen des Menschengeschlechts — oder eines Tigers — oder einer Bulldogge — denn wenn wir jenseits von Gut und Böse stehen, weshalb nicht auch jenseits des Menschlichen überhaupt, auf der Gotteswarte? — So die Nietzscheaner. — Und ein großer Theil unserer Bourgeoisie, ohne Strebenziel oder Begeisterung, satt und matt, wünscht einen „großen Mann“, der ihr ein Schauspiel gebe; sonst wär' es ja gar zu langweilig! Viel lieber noch freilich einen, der ihr gleichzeitig die Taschen fülle, Millionäre züchte!

Bismarck, der Hauptvertreter des Realismus (alle deutsche Kultur ist bekanntlich à la Zeitliche entweder romantisch oder real), ist abgetreten — die zwei mächtigsten Persönlichkeiten der Welt, Kaiser Wilhelm II. und der Paph, haben eine neue, „romantische“ Ära der Politik inaugurirt — und bald dürfte die Romantik auch in die Literatur einziehen, was Herr Harden zwar nicht prophezeien will, aber doch voransah! — und wie schon jetzt die Realisten viel von dem realen Bismarck lernen können — in jener Zukunft vor Allem sollen sie sich ihre geistigen Waffen aus der alten Kastentische in Friedrichstr. holen! Nur man zu!

Und noch Eins notiren wir mit Behagen: daß Herr Harden Bismarck's prestorumpirende Thätigkeit durch einen Hinweis auf den Einfluß der Masse und Konfession zu entschuldigen suchte! Anerkennungswürdig bleibt trotz aller schiefen Geistreicheit, daß Herr Harden seinem Publikum mehrere Wahrheiten zu sagen den Muth hatte, freilich nicht, ohne sich im Voraus höchst liebens-würdig zu salbiren.

Zur Sonntagsruhe im Handeldgewerbe, welche (am 1. Juli d. J. eine Neuregelung erfahren soll, lautet eine an uns gerichtete Zuschrift des Vorstehenden des Hilfsvereins für weibliche Angestellte, dürfte es von Interesse sein, nachfolgende Zahlen kennen zu lernen, welche das Ergebnis einer vom Hilfsverein für weibliche Angestellte unter seinen Mitgliedern veranstalteten Umfrage sind. Es sind 900 Antworten eingegangen, die sich auf Angestellte in etwa 700, überwiegend Detailgeschäften, erstrecken. Von diesen 900 Handlungsgeschäftinnen haben 330 überhaupt keine Sonntagsarbeit, 140 nur ausnahmsweise vor Weihnachten oder kürzere Zeit in der Saison. Es arbeiten 35 jeden dritten bis fünften Sonntag mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 3 Stunden, 100 jeden zweiten Sonntag durchschnittlich 3 1/2 Stunden und 240 jeden Sonntag durchschnittlich 4 Stunden. Die durchschnittliche Arbeitszeit würde in allen Fällen noch niedriger sein, wenn nicht eine Anzahl von Angestellten den ganzen Sonntag arbeitete. Es zeigt sich also, daß in den Geschäften, in denen mehr als die Hälfte der Befragten (470) thätig ist, Sonntagsarbeit garnicht oder nur sehr selten vorkommt, während sich die Arbeitszeit in den übrigen Geschäften nur auf 3 bis 4 Stunden stellt. Eine Festsetzung der Maximal-Arbeitszeit am Sonntag auf 5 Stunden würde also für die meisten Angestellten eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes bedeuten.

Wir möchten zunächst dem Einsender bemerken, daß eine Maximal-Arbeitszeit, also ein Höchstbetrag der Arbeitszeit, wo bisher keine bestand, nie eine Verschlechterung ist. Diejenigen, welche heute nur eine Durchschnitts-Sonntagsarbeit von 3 Stunden haben, werden diese leichter behaupten, wenn andere Kolleginnen höchstens 5 Stunden Arbeitszeit haben, als wenn sie 10 bis 15 Stunden arbeiten müßten. Die Bemerkung, daß eine Maximal-Arbeitszeit eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes bedeute, verräth deutlich die Absicht. Es soll mit ihr gegen die Befehdung der Sonntagsarbeit Front gemacht werden. Bei den Arbeiterinnen wird man damit kein Glück haben — so dumm sind sie doch nicht, daß sie in der gesetzlichen Beschränkung der Sonntagsarbeit eine Schädigung erblicken sollten.

Spiritismus. Mit dieser Ueberschrift druckt die „Deutsche Warte“ in ihrer Nummer 129 vom 24. Mai zwei Einsendungen „aus ihrem Leserkreis“ ab, die sich mit dem Fall Löpfer beschäftigen. In der zweiten derselben, unterzeichnet: „Ein Spiritist“, wird die moralische Bedeutung des Spiritismus betont. Hingewiesen wird auf eine Aeußerung des Herrn Dr. Späth in seiner auch von uns signirten Rede im Verein „Elyche“: „Der Spiritismus ist das Bestreben, das Fortleben der Seele wissenschaftlich zu erklären und damit die Moral des Volkes auf eine höhere Stufe zu bringen.“

Dazu sagt der Einsender folgendes: „In der That kann der Spiritismus Beheres sehr wohl erreichen, denn zu einer Zeit, in welcher bei den breiten Massen die Religion immer mehr in die Brüche geht, so, wo bei Hunderttausenden jedeswegs religiöses Gefühl zu entschwinden scheint, da kann es der allgemeinen Sittlichkeit wie auch der öffentlichen Sicherheit nur zu Gute kommen, wenn auf anderen Wegen dem Menschen zum Bewußtsein gebracht wird, daß die Welt nicht nur aus körperlichen Dingen besteht. Wenn den Nordgelehrten mit dem zum Schlage erhobenen Arme der Gedanke beschleicht, daß es vielleicht eine unsichtbare Welt giebt, deren Bewohner seine Bluthat rächen könnten, sollte er dann nicht seine Arme wieder sinken lassen?“ — Nichts kann den Wankrott der heutigen Gesellschaft schärfer dorthin, als dieser Erguß eines für die „allgemeine Sittlichkeit“, dies unsahbare Ding, und für die öffentliche Sicherheit“ besorgten Anhängers des Glaubens an Geister. Als selbstverständlich betrachtet es der Herr, das leuchtet aus seinen Zeilen hervor,

daß alle, moralischem Defekt entwachsenen Uebel in der menschlichen Gesellschaft, unter ihnen Mord und Raub, nur durch geistige Beeinflussung der Uebelthäter zu heben seien. Da war es denn bisher das Streben, „dem Volke die Religion zu erhalten“, das „religiöse Gefühl“ zu verbreiten, was als Alibi-Mittel für die verdorbene Menschheit galt. Doch, o Schrecken! bei den „breiten Massen“ geht die Religion immer mehr in die Brüche, Hunderttausenden scheint jedeswegs religiöses Gefühl zu entschwinden! Dies Mittel erwies sich also als unbrauchbar. — Was nun?! — Einfach! Die vom Spiritismus „wissenschaftlich“ nachgewiesene „unsichtbare Welt“ hilft aus. Natürlich werden dann Alle, die der religiöse Mythos nicht abthilt, gegen „Sittlichkeit und Gesetz“ zu verstoßen, sich durch den Gedanken davon abhalten lassen, „daß es vielleicht eine unsichtbare Welt gäbe, in der ihnen Richter erwachen könnten!“ Man greift nach dem Strohalm in der Noth. Der Spiritismus als Mittel zur Hebung von Moral und Sittlichkeit, zur Sicherung der öffentlichen Sicherheit! — Der Gedanke ist kostbar. — Zaran denkt man belleibe nicht, daß soziale Ursachen dem Belästigen zu Grunde liegen könnten, wie es thatsächlich der Fall ist. Man läme ja sonst dazu, den Bestand der so lieben Kapitalistengesellschaft selbst anzugreifen zu müssen, und das geht doch nicht. Für uns ist das Eingeständniß der „Deutschen Warte“, wie schon oben angedeutet, nichts als ein Weg dafür, daß der gutgesinnte Bürger auf der Suche nach Mitteln, die sozialer Mithrathschaft entspringenden moralischen Uebel zu beseitigen, am Ende seines Lateins angelangt ist. Wie auf wirtschaftlichem offenbart auch auf moralischem Gebiet die heutige Gesellschaft immer mehr ihren unaufhaltbaren Verfall. Aus ihren Ruinen wird dereinst freies, sozialistisches Leben entstehen.

Herr Eugen Richter ist Obersegen gewohnt. Jetzt wird ihm eine solche von der Oldenburg'schen Korrespondenz verabreicht. Wir haben ihm seine Abfertigung schon in der Politischen Uebersicht ertheilt. Jetzt erhalten wir noch folgende Zuschrift, die das Weitere besagt:

Die geehrte Redaktion bitte ich aus Anlaß der Bemerkungen der „Freisinnigen Zeitung“ über den Oldenburg'schen Kammerbericht gefälligst mitzutheilen, daß von Seiten freisinniger Abgeordneter nur in einem einzigen Falle der Vorwurf einer falschen Darstellung erhoben worden. Bei näherer Untersuchung stellte es sich aber heraus, daß der Vorwurf sich nicht gegen den Oldenburg'schen Bericht, sondern gegen den Bericht der „Freisinnigen Zeitung“ richtete.

Ergebenst
H. Horn,
Korrespondent der Oldenburg'schen Korrespondenz,
Berlin W., Luststr. 1.

Eine Million freiwilliger Beiträge soll zum Garantiefonds für die Berliner Weltausstellung bereits gezeichnet sein.

Das Thema von der Ueberbildung der Post-, Telegraphen- und Bahnbearbeiter ist schon oft erörtert worden, ohne daß etwas geschehen wäre, um diesem Uebelstande abzuhelfen. Im Abgeordnetenhaus ist wohl vor Kurzem einmal der schwächliche Versuch gemacht worden, dieses Thema zur Erörterung zu stellen, aber als vom Regierungstisch aus die Versicherung abgegeben wurde, daß seitens der zuständigen Ressorts diese Anregung „wohlwollend erwogen“ werden würde, nickten die biederen Volksvertreter Ja und Amen und — Alles blieb beim Alten! Das macht, weil im Abgeordnetenhaus nur Vertreter der Bourgeoisie sitzen, die wohl deren Interessen zu wahren wissen, daß aber Dank des „elendesten aller Wahlsysteme“ die wirklichen Vertreter der Arbeiterinteressen diesem Parlament fern gehalten werden.

Hin und wieder zeigt uns eine Gerichtsverhandlung, welche Anstrengungen den Unterbeamten zugemüthet werden, und nur der Dessenlichkeit des Gerichtsverfahrens ist es zu danken, wenn das große Publikum erfährt, welche gerabau furchtbare Arbeitslast den Beamten angehaßt wird. Ein Eisenbahnunglück, das sich auf dem Bahnhof eines der Berliner Vororte ereignete, hat vor Kurzem Anlaß zu einer Gerichtsverhandlung gegeben, die ergab, daß die Beamten 24 Stunden lang ununterbrochen im Dienst gewesen waren. Sie waren dann natürlich körperlich so abgespannt, daß sie sich des Schlafes kaum mehr zu erwehren vermochten und ihren Dienst nur mehr verrichteten wie eine Art menschlicher Maschinen. Der Einwand, daß der Dienst sehr oft freie Stunden lasse, die zur Erholung benutzt werden können, ist durchaus hinfällig. Wir erfahren vielmehr aus einer anderen Gerichtsverhandlung, daß der Dienst so aufregend und so anstrengend ist, daß die kürzeste Arbeitsdauer genügt, um den Beamten zu außerordentlichen Leistungen zu veranlassen. Diese Gerichtsverhandlung fand kurz vor dem Okerfest vor der Strafkammer des Landgerichtes Elberfeld statt und ergab folgendes: Am 31. August vorigen Jahres kam der von Warden einlaufende Schnellzug in die Gefahr, mit einem im Elberfelder Hauptbahnhof haltenden Güterzuge zusammenzustoßen. Es stellte sich heraus, daß eine Unachtsamkeit des Telegraphisten vorlag. Diesem wurde nun der Prozeß gemacht. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Telegraphist, dem allein die Pflicht oblag, die Züge zu melden, in 30 Minuten 41 An- und Abmeldungen zu depechiren hatte! Das ergibt pro Minute mehr denn eine Meldung. . . .

Daß der Beamte ein wahrer Horenmeister von Telegraphisten sein muß, wenn er eine solche Arbeitslast bewältigt, ohne daß eine Unregelmäßigkeit vorkommt, liegt klar zu Tage. Das Gericht nahm denn auch diese Arbeitsüberbürdung als so frohmildern an, daß das Urtheil auf nur zwei Tage Gefängniß lautete. Damit ist aber natürlich dem Verurtheilten nicht geholfen, seine Telegraphistenkarriere ist beendet. Wer nun glaubt, daß die Gerichtsverhandlung bewirken würde, daß die ausschließliche Ursache des Unglücks, die Arbeitsüberbürdung des Beamten nämlich, beseitigt werden würde, befindet sich zudem im Irrthum. Diese Beseitigung würde naturgemäß eine Erhöhung des Arbeiterpersonals bedingen. Alle Nachrichten der letzten Tage aber liefern den Beweis, daß die Bahnerhaltung nicht nur keine Vermehrung, sondern vielmehr eine Verminderung ihrer Personale eintreten lassen. Es ist nämlich die Parole des „Sparens“ ausgegeben worden, und es ist bekannt, daß sich das Sparsystem immer zuerst und immer am drückendsten bei den Unterbeamten geltend macht. Diesen wird abgezogen, wo nur noch etwas abzugewonnen möglich ist, anstatt sie zu entlasten, greifen sich die Oberbeamten die Köpfe, um ausfindig zu machen, wie sich dieselben Dienstverrichtungen bei weniger Personal immer noch billiger erzielen lassen.

Zum Glück sind die Unterbeamten jetzt zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Besserung ihrer Lage unter dem heutigen Staat nicht möglich ist und nicht möglich sein kann. Natürlich werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Beamten glauben zu machen, daß ihr Glück lediglich darin bestände, gute Staatsbürger zu sein, viel zu arbeiten und für die viele Arbeit schlechter wie schlecht bezahlt zu werden. Hin und wieder wird ihre Pflicht-treue lobend erwähnt, auch bleiben die Vertretungen auf die ewige Seeligkeit nicht aus — da kostet ja Nichts! Die Unter-beamten meinen aber, daß der Worte genug geworckelt seien und daß es Zeit sei zu Thaten überzugehen. Deshalb finden wir in ihren Reihen so manchen überzeugten Genossen, der bei keiner Reichthagswahl fehlt und der durch die Abgabe seines Stimmzettels für den sozialistischen Kandidaten Protest einlegt gegen eine Verwaltung, bei welcher die Plasmacherei das oberste Prinzip zu sein scheint.

Laute Klage wird seitens der in den weßlichen Vororten wohnenden Interessenten, welche alltäglich die Strecke zwischen Potsdam und Berlin, Schlesienschen Bahnhof, auf „Arbeiter-Wochen-fahrten“ besahren müssen, über eine Verjüngung der Stadt- und Ringbahn-Verwaltung geführt, die durchaus nicht gerechtfertigt

ist und den zumeist unermittelten Passagieren nicht unbeträchtliche Mehrkosten verursacht. Die Arbeiter-Wochenkarten, welche an diesen Vorortbahnhöfen ausgegeben werden, gelten nur vom Abfahrtsort bis Bahnhof Friedrichstraße und müssen diejenigen Fahrgäste, welche den Zug nach dem Bahnhof Alexander-Platz oder Schlesischen Bahnhof benutzen wollen, ein Zuschlagsbillet bis zu diesen Stationen für 10 Pf. lösen, oder aber eine Arbeiter-Wochenkarte innerhalb der Stadtbahn, die 90 Pf. kostet, zuziehen. Durch diese Mehrkosten wird aber das Benefizium des verbilligten Preises der Arbeiter-Wochenkarte illusorisch und die Benutzung derselben in den westlichen Vororten wird von Woche zu Woche eine geringere.

Spurlos verschwunden ist seit dem 14. d. M. der Werkführer und Wäcker Franz Zeißler, Dragonersr. 6a wohnhaft. Derselbe hat sich am Morgen dieses Tages nach einem kleinen Streit mit seiner Frau aus der obenbezeichneten Wohnung entfernt und ist seit dieser Zeit nicht mehr gesehen worden. Der Verschwendung ist 26 Jahre alt, ca. 1 Meter 60 Zentimeter groß, von untersehrer Figur, hat dunkelblonde Haare und eben solchen Schnurrbart und war mit einem dunklen abgetragenen Jaquet und blaue gestreiften Hosen bekleidet. Die tiefblauhaarige Frau desselben bittet diejenigen Personen, welche von dem Verbleib ihres Gatten etwas Näheres wissen, Nachricht darüber an sie oder an das nächstgelegene Polizeibureau gelangen lassen zu wollen.

Der Vorderperron! Zum Krüppel geworden ist am Montag Abend der in der Großen Frankfurterstraße 82 wohnhafte 34jährige Arbeiter Max Richter. Er war am Sonntag Abend gegen 1/10 Uhr von einem Ausfluge zurückkehrend auf einem Pferdebahnwagen der Ringbahn aufgestiegen und hatte auf dem Vorderperron Platz genommen. In der Friedensstraße wollte der Arbeiter abspringen und that dies auch trotz Abtrahens des Kutschers wenige Schritte vor der Haltestelle, glitt dabei aber aus und fiel so unglücklich zu Boden, daß er mit dem rechten Fuße unter dem Wagen gerieth, dessen rechtes Vorderrad über das Bein des Unvorsichtigen hinwegging und den Fuß buchstäblich vom Körper abtrennte. Er wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht und liegt schwerverletzt darnieder.

Ein Mord ist aus Rauen der Staatsanwaltschaft beim Landgericht II. gemeldet worden. Wir erfahren über die Einzelheiten des Vorfalles Folgendes: Der Altbürger Buskow in Rauen, der zur Zeit auf einer Reise begriffen ist, hat einen erwachsenen Sohn. Dieser wollte am Sonntag Mittag seine Mutter aufsuchen. Er fand die zu ebener Erde belegene Wohnstube verschlossen und erhielt auch auf wiederholtes Klopfen keinen Einlaß. Da seine Mutter zu Hause sein mußte, so legte er das Ohr an die Thür und glaubte nun ein deutliches Stöhnen vernehmen zu können. Nachbarsleute wurden herbeigerufen. Sie sprengten die Thür und sahen beim Betreten des Zimmers die Leiche der Frau Buskow auf dem Fußboden liegen. Der Hals zeigte deutlich eine Strangulationsmarke. Da ein Selbstmord ausgeschlossen erschien, auch Stubenthür und Fenster von innen verschlossen waren, so mußte der Mörder sich noch am Tatorte verdeckt halten. Der herbeigerufene Polizeisergeant Hofmeister sah denn auch unter der Bettstelle einen Mann liegen, welcher bewußtlos war und ein zusammengedrehtes Tuch um den Hals trug. In ihm wurde der 28 Jahre alte Knecht Johann Kobl erkannt, der früher bei den Buskowschen Eheleuten in Schlafstelle gewohnt hatte, jetzt aber bei dem Bauern Müller in Mustermark bedienstet war. Durch den Polizeibeamten in das Leben zurückgerufen, gestand Kobl zu, die 50 Jahre alte Frau Buskow vorzüglich erdroffelt zu haben. Sein Beweggrund zur That ist seltsam. Er hatte, während er bei den Buskows wohnte, zu der um 22 Jahre älteren Frau eine Neigung gefaßt und ihr auch ein Geständnis abgelegt. Frau Buskow hatte ihn aber mit Entschiedenheit zurückgewiesen und ihm das Betreten ihrer Wohnung untersagt. Dies hatte in Kobl den Entschluß zur Reife gebracht, zuerst den Gegenstand seiner Neigung und dann sich selbst um das Leben zu bringen. Am Sonntag Vormittag während der Kirchenzeit, wo es still im Orte war, hatte er sich in das Haus geschlichen und sein Opfer überfallen. Die That ist um 10 1/2 Uhr ausgeführt worden. Kobl wurde sofort verhaftet und in das Amtsgerichts-Gefängnis abgeführt, von wo er bereits dem Berliner Untersuchungs-Gefängnis zugeführt sein dürfte.

Als Beweis für die Verwandtschaft der „ezechischen Staatsrechtler“ (Zungehehen) mit dem Anarchismus führt die „Vossische Zeitung“ die Thatsache an, daß der Abgeordnete Gregor (vergleiche „Politische Uebersicht“) in einer Wähler-Versammlung in Raubitz, bei der auch Sozialdemokraten anwesend waren, erklärte: „die Zungehehen träten stets für die Sozialisten ein und würden nicht rufen, bis nicht das allgemeine Stimmrecht eingeführt sei.“ Nach solchen freisinnigen Leistungen begreift sich auch das Bestreben des Herrn Eugen Richter, durch Beseitigung der größten Auswüchse des Dreiklassen-Wahlrechts die dauernde Existenz dieses elendsten aller Wahlgesetze zu sichern.

Warnung. „Aus dem Tagebuch eines Dreijährig-Freiwilligen von Heinrich Pars.“ Die Schrift wird so angelegt, daß man denken muß, sie enthalte eine wahrheitsgetreue Schilderung des Soldatenlebens im Frieden. Es ist aber gekaltlos Schand. Wir sind mit 1,50 M. an die Kellame „hereingefallen“ — und geben unseren Lesern den Rath, unserm Beispiel nicht zu folgen.

Polizeibericht. Am Montag wurde auf dem Neubau Albinstraße 26 ein Steinträger von einem aus dem Dachgeschloß herabfallenden Rehrigel im Genick getroffen und so schwer verletzt, daß er bei der Ueberführung nach dem Krankenhaus am Friedrichshain verstarb. — In seiner Wohnung, in der Hallestraße, brachte sich ein Schüler, anscheinend im Säuerwahn, mittels Kesseler einen Schuß in die Brust bei. Er wurde noch lebend nach der Charité gebracht. — Abends versuchte eine Frau in ihrer Wohnung, in der Vernauerstraße, sich mittelst einer Chloroformlösung zu vergiften. Durch Anwendung von Gegenmitteln wurde sie jedoch außer Lebensgefahr gebracht.

Gerichts-Beitrag.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte gestern das Landgericht gegen den Redakteur Sommer. Derselbe war angeklagt, in einem seinerzeit in den „Lichtstrahlen“ erschienenen Artikel: „Suprema lex regia voluntas“ den deutschen Kaiser beleidigt zu haben. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof nahm an, daß zwar eine direkte Majestätsbeleidigung nicht vorliegt, aber aus dem Artikel die beleidigende Absicht unabweislich hervorgehe, und verurtheilte Sommer zu drei Monaten Gefängnis. Es wird Revision angemeldet. Die Verhandlung währte nur eine halbe Stunde, einschließlich Urtheilspublikation.

Was ist unter einer ärztlichen Konsultation zu verstehen? Diese Frage beschäftigte heute die 24. Abtheilung des Berliner Amtsgerichts I. In die Sprechstunde eines unserer berühmten Professoren der Chirurgie kam der Kaufmann N., um denselben wegen einer Epiendogengelenk-Entzündung zu konsultiren. Der Professor ließ sich aber auf eine Untersuchung des wunden Kniegelenks nicht ein, sondern erklärte, nachdem er erfahren, daß die bisherige Behandlung des Patienten durch dessen Hausarzt Dr. S. stattgegeben hat, vorerst eine Krankengeschichte von demselben nöthig zu haben. Auf die Frage

des N., was er schuldig sei, winkte der Professor mit der Hand und entgegnete: „Sie werden ja doch wiederkommen?“ N. ging aber nicht mehr zu dem Professor, weil es ihm zuwider war, seinem Hausarzt zu seiner Ablicht, eine andere ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, Mittheilung zu machen. Nunmehr erhielt er von dem Professor eine Liquidation für eine ärztliche Konsultation in Höhe von 10 M., welcher, da N. nicht zahlte, die Klage folgte. Der Beklagte stellte in Abrede, daß eine Konsultation stattgefunden habe, da seine auf Erlangung einer solchen gerichtete Absicht durch das Verhalten des Klägers nicht zur Ausführung gekommen ist. Er sei übrigens bereit, dem Kläger für die Inanspruchnahme seiner Zeit 5 M. zuzubilligen. Der Richter rief dem Anwalt des Klägers, das Gebot anzunehmen und setzte die weitere Verhandlung auf 14 Tage aus.

Eine Anklage wegen strafbaren Eigennutzes und wegen nächtlicher Ruhestörung wurde gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gegen das Bäckermeister Kerschowski'sche Ehepaar verhandelt. Kerschowski hatte im Herbst vorigen Jahres die Bäckerei in dem Hause des Lehrers Rumpf in der Hasenhaide gemiethet. Das Geschäft ging so schlecht, daß Kerschowski bald wieder vom Kontrakte entbunden zu werden wünschte. Der Lehrer Rumpf war hiermit einverstanden, falls Kerschowski ihm einen anderen Miether bringe und für die Miete aufkomme. Von dieser Zeit an herrschte zwischen dem Eigenthümer und dem Miether ein gespanntes Verhältnis. Beim Lehrer Rumpf kam an einem bestimmten Wochentage eine Etagengesellschaft zusammen. An einem solchen Abend ging es bei Rumpf etwas laut her, Kerschowski schickte seine Ehefrau hinaus und ließ um Ruhe bitten. Als dies Ansuchen keinen Erfolg hatte, griff Kerschowski zu einem eigenartigen Mittel, um Ruhe zu üben. Er rüstete sich und seinen Beiring mit je einer Kuchenplatte und einem dicken Knittel aus. Dann gingen sie beide auf den Hof und brachten dem Wirth ein „Ständchen“. Keiner der Hausbewohner blieb im Bett, an den Fenstern zeigten sich weißgekleidete Gestalten mit entsetzten Mienen. Kerschowski und sein Beiring versicherten unablässig, daß im Granewald Holzauktion sei und daß dort der ganze Kasten Säßholz nur einen Thaler koste. Dazu drang die obligate Kuchenblech-Begleitung durch Markt und Wein. Die Rumpfschen Gäste waren die Karten hin und ergriffen die Flucht. Das „Ständchen“ wurde als nächtliche Ruhestörung aufgefaßt und Kerschowski hierfür mit drei Mal belagt. Am Weihnachtsabend zogen die Angeklagten aus, ohne sich um die ihnen gestellte Bedingung zu kümmern. Es wurde nur die Schuld des Kerschowski erwiesen und hierfür auf eine Woche Gefängnis erkannt, die mitangeklagte Ehefrau wurde freigesprochen.

Als ein lockerer Vogel zeigte sich der Schlosser Gustav Nachtigal, welcher gestern wegen verschiedener Heiraths-schwindselen vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte war Sergeant in Königsberg. Er wurde ohne Zivil-Versorgungsschein entlassen. Er wandte sich nach Berlin, wo er als Schlosser Arbeit fand. In seiner Heimath hatte er eine Braut, die Tochter eines Steuerempfängers, zurückgelassen. Hier verlobte er sich mit einem anderen Mädchen. Er löste nicht sein Verhältnis zu der ersten Braut, sondern schrieb sogar an deren Vater, daß er Werkmeister-Absprant bei der Eisenbahn-Direktion sei und zur Anstellung eine Kaution von 600 Mark hinterlegen müsse. Er bat seinen zukünftigen Schwiegervater um diese Summe. Dieser traute ihm nicht und verhielt sich deshalb ablehnend. Nun band der Angeklagte mit einem dritten Mädchen an, so daß er nunmehr gleichzeitig drei Bräute hatte. Die neue Braut wußte er durch solche Vorspiegelung um den Betrag von 60 Mark zu bringen. Dann schrieb er wieder an die erste Braut in seiner Heimath, daß er sie in kurzer Zeit werde heimführen können, er bat um 75 Mark zur Beschaffung eines Hochzeits-Anzuges. Dies Geld wurde ihm umgehend geschickt. Wenige Tage darauf löste er das Verhältnis zu seiner ersten Braut in bündiger Form. Er theilte derselben mit, daß er ein anderes Verhältnis eingegangen sei, das mit einer Heirath enden müsse. Die zweite Braut hat der Angeklagte denn auch geheirathet und dadurch einen Theil der Schuld, die er durch sein lockeres Liebesleben auf sich geladen, wieder gut gemacht. Auch hat er nachträglich den beiden verstorbenen Bräuten wenigstens die erschwandenen Geldbeträge zurückgegeben. Während der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und zweijährigen Ehrverlust beantragte, führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Gohmann, aus, daß man denselben nicht mit den Heiraths-schwindselern, wie sie gewöhnlich vor Gericht ständen, auf eine Stufe stellen dürfe. Der Angeklagte sei wohl nicht der Gabsucht, sondern nur einer großen Charakterschwäche und eines nicht minder großen Wankelmuths zu beschuldigen. Der Gerichtshof sah das Verhalten des Angeklagten auch milder an, das Urtheil lautete auf 200 M. Geldstrafe.

Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte gestern gegen den früheren Kassassistenten Gustav Splettscher, der des Verbrechens im Amte beschuldigt war. Der Angeklagte, dem seitens seiner Vorgesetzten in Betreff seiner Leistungsfähigkeit ein glänzendes Zeugnis ausgefertigt wurde, machte Ansprüche, die zu seinem Einkommen in einem schlechten Verhältnis standen. Er griff die ihm anvertrauten Gelder an und mußte, um die sofortige Entdeckung seiner Veruntreuungen zu verhindern, auch zum Fälscher werden. Bei seiner Verhaftung stellte sich ein Fehlbetrag von 570 M. heraus, der zum größten Theile durch die von dem Angeklagten hinterlegte Kaution gedeckt wurde. Die Geschworenen billigten dem Angeklagten mildernde Umstände zu, worauf der Gerichtshof ihn zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Mon. und zu fünfjährigen Ehrverlust verurtheilte.

Soziale Uebersicht.

Achtung, Waier, Latirer, Austricher etc.!
Der Provinzialtag der Berufsge nossen aus den Provinzen Brandenburg inkl. Berlin, Pommern, Ost- und Westpreußen, sowie Schlesien und Posen findet, wie bereits kurz im „Vorwärts“ erwähnt, in Stettin am Sonntag, den 6. Juni (1. Pfingst-Freiertag), im Lokale des Herrn Waldmann, Apfelallee Nr. 99, statt. Die provinzische Tagesordnung lautet: 1. Beschlüsse der Generalversammlung. 2. Wie ist die Agitation zu gestalten, um die Kollegen auch in den Provinzen heranzuziehen? 3. Verschiedenes.
Kollegen! Da dieses der 1. Provinzialtag obengenannter Provinzen ist und betrefft der Agitation in unseren Provinzen noch viel geschehen muß, so ist es, um eine genaue Verständigung betreffs Zweckmäßigkeit der Agitation herbeizuführen, eine Nothwendigkeit, daß sich sämtliche Filialen der in Betracht kommenden Provinzen vertreten lassen, und nicht die Filialen allein, sondern auch alle die Städte, in welchen bis jetzt noch keine Filialen sind, damit auch sie mit Rath und That zum Gelingen des Provinzialtages beitragen.
Wir erwarten die Kollegen mit den Früh- resp. Vormittags-Zügen.
Die Filiale Stettin.
Alle Anfragen sind an den Kollegen Franz Rudolph, Stettin, Bogislavstr. 40, v. III. rechts, zu richten.
Sirsch und Bauer. Aus Mecklenburg, dem Eldorado der Junter, erhält die „Vossische Zeitung“ folgende Zuschrift eines Wutpächters: „Einsender dieses hat eine großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Domäne gepachtet und wird seit Jahren durch Wild, namentlich Schweine, arg geschädigt. Wegen des in diesem Jahre besonders starken Wildschadens wurde Einsender bei der

für ihn zuständigen großherzoglichen Verwaltungsbehörde vorstellig und hat in bescheidener Weise, ohne eine bestimmte Summe zu fordern, um Entschädigung, da er dem Wildschaden gegenüber völlig schutzlos und wehrlos ist, dem schiefen darf er nicht. Die wohlberichtigte Bitte war leider erfolglos. Die volle Pachtzahlung und Weiteres wird unter allen Umständen verlangt, auch wenn Saaten verwüestet werden, und obgleich Einsender sich nicht mal gegen solche Verwüstung wehren darf.“

So steht in Deutschland der Schutz der Landwirtschaft, so weit der Kleinbauer in Betracht kommt, in Wirklichkeit aus.

In Winterdorf sind trotz des Abtrahens des Zentralvorstandes die Laba r a b e i t e r wegen der Fabrikordnung in einen Streik eingetreten. Die unverheiratheten Arbeiter sind abgerückt. Der Ausstand der Maurer in Lauenburg a. S. dauert unverändert fort. Zugung ist fern zu halten. Die Generalkommission.

Wegen 15prozentiger Lohnereduktion (bei einem 14tägigen Durchschnittslohn von 80 M. 4,50 M.) ist es, wie der Offenburger „Vollstreund“ berichtet, in der Suttwebererei von J ä c e n und W ö h r l e in Hornberg (Baden) zu Differenzen zwischen Arbeitern und Fabrikanten gekommen. Letztere verlassen sich auf Streibrecht. Es wird deshalb auf Vorkommendes aufmerksam gemacht.

Zur Sonntagsruhe. Die Handels- und Gewerbetammer zu P l a u e n i. V. hat sich den Verwaltungsbehörden gegenüber dahin ausgesprochen, daß die kaufmännische Sonntagsarbeit nicht vor 7 Uhr Morgens begonnen und nicht über 2 Uhr Nachmittags ausgeübt, die Festsetzung und Einschränkung der Sonntagsarbeit innerhalb dieser Zeitpunkte aber dem Ermessen der Ortsbehörden überlassen werde, und daß Ausnahmen von dieser allgemeinen Arbeitszeit nach § 105a der Gewerbe-Ordnung für Bad- und Fleischwaaren, sowie Blumen unbedingte, für Obst- und Delikatesswaaren, wie für Heizungsgeschäfte zulässig, für Zigarren unzulässig seien.

Antittung über die bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 22. April bis 18. Mai 1892 eingegangenen Gelder.

Verband der Gold- und Silberarbeiter, Frankfurt a. M. 18,40 M. Quartalsbeitrag (2. Quartal 92) der Vereinigung der Drechsler Deutschlands 130,—. Vom Van Weier und Währing, Eppendorf, Feldweg 12,80. Verein deutscher Schuhmacher, Filiale Zuttlingen, von der Meißner 13,—. Quartalsbeitrag des Lokalverbandes der Steinseher, Bernburg 1,60. Quartalsbeitrag (1. und 2. Quartal 92) des Zentralverbandes der Konditoren, Pfefferkühler etc. 24,—. Aus Halle a. d. S. Dr. Sch. 5,—. Quartalsbeitrag des Verbandes der Textilindustrie 150,—. Quartalsbeitrag (1. Quartal 92) der Hutmacher 81,—. Quartalsbeitrag (1. Quartal 92) der Former 62,—. Von den vereinigten Ladeninhabern der Schuhmacher für Kontrollmarken-Baaren in Hamburg 40,—. Von dankenden Arbeitern aus Oberhausen zur Meißner 5,80. Quartalsbeitrag (2. Quartal 92) des Verbandes der Maurer etc. 574,25. Quartalsbeitrag (2. Quartal 92) des Vereins der Lithographen, Steinbruder etc. 200,—.
H. D a m m a n n, Kassirer,
Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 19, I.

Verfassungen.

Der VII. deutsche Löhner-Kongress trat gestern an seinem zweiten Verhandlungstage in die Beratungen über die Organisationsfrage ein. H e n n i g -Wreslau referirte vom Standpunkte der bisherigen Organisationsform, der lokalen Fraktion mit Vertrauensmännern, P o d d s -Dresden vom Standpunkte der Zentralisation (Zentralverband). Die Debatten über diesen Punkt der Tagesordnung füllten die Vor- und Nachmittags-Sitzung vollständig aus, ohne daß sie zu Ende geführt werden konnten. Es sprachen 24 Redner. Eingezichnet waren beim Schluß noch 20 Redner. In Rücksicht auf die gestern Abend stattgehabte öffentliche Löhnerversammlung wurden die Debatten bis heute, Mittwoch, vertagt.

Eine öffentliche Volksversammlung, die am 23. Mai in R i g d o r f tagte, beschäftigte sich mit dem Ausstande der Weber. Genosse H a b e r -Berlin beantwortete die auf der Tagesordnung stehende Frage: „Haben die streikenden Weber R i g d o r f die Sympathie der übrigen Arbeiter?“ mit einem kräftigen „Ja“ und betonte, daß die übrige Arbeiterschaft, die mit Stauern die Angaben über die bisherige Lage der Weber gelesen hat, auch auf weitere Wochen, wie bisher, den Ausständigen die Solidarität bewahren werde; sie sollten nur wacker aushalten, an Unterstüttungen werde es nicht fehlen. In der Diskussion, in welcher sich eine größere Anzahl Redner zu Gunsten der Ausständigen äußerte, erklärte Herr P r e u h, daß die Brauergesellen Berlins die Weber nach Kräften zu unterstützen entschlossen sind. Ein „Unabhängiger“ machte eine Reihe von ungeschicklichen Ausstellungen an dem Referate, daß er sich nach Belieben zurecht legte, fand aber bei keinem der Anwesenden Anklang; sogar einige „Unabhängige“ verurtheilten sein Vorgehen. Herr Hedwiger theilte mit, daß die Unternehmer anfangen, nachzugeben; die Abzüge hätten sie schon fallen lassen, ein Meister hat auch schon die 20 Pf. für die Stunde Nebenarbeit zugestanden und dürfte wohl alsbald die gesammelten Forderungen unterschreiben. So würden die Weber auf den Weg des partiellen Streiks gewiesen, den weiter Redner für durchaus berechtigt erklärte, wenn eben vom Tarif nichts abgelaufen werde. Bei Verschiedenem wies Herr Schmittler darauf hin, daß den Unternehmern durch die Solidarität der Berliner Arbeiterschaft ein Strich durch ihre Rechnung gemacht ist. Die Kommission sei durch die Unterstützung der übrigen Arbeiterschaft in den Stand gesetzt gewesen, in der ersten Woche 1628 M., am zweiten Sonnabend 1971 M. und am letzten 1941 M. an die Ausständigen zu zahlen, und für nächsten Sonnabend sei schon wieder Geld vorhanden. Nachdem Herr P r e u h noch auf die statthalterhaften Maßregelungen sozialdemokratischer Arbeiter hingewiesen, welche in der „Norddeutschen Brauerei“ und der Brauerei „Roabit“ vorgekommen, und auch einige interessante Mittheilungen über eine R i g d o r f e r Brauerei gemacht hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

In einer von der Genossenschaftsbäckerei einberufenen öffentlichen Volksversammlung, welche von 1000 Personen besucht war, erstattete L a z a r u s folgenden Bericht über den gegenwärtigen Stand des am 20. August 1891 gegründeten Unternehmens. Die aus 13 Mitgliedern bestehende Kommission habe nach unglücklichen Mähen ein über alle Erwartungen günstiges Resultat erzielt, so daß jetzt ankauft wie früher täglich 4000 Brote deren 20—30 000 geliefert werden könnten, um der Nachfrage seitens der Arbeiter nach gutem Brot zu entsprechen. Man werde indeß außer der in der Müllerstraße mit vier Doppelstein arbeitenden Bäckerei noch weitere im Osten und Südosten, namentlich den Arbeitergebieten errichten, wie die in der Brunnenstraße, welche täglich 700 Brote liefert. Pfeiffer giebt in der Diskussion weitere Auskunft über die inneren Einrichtungen, wie über die unter den Berliner Bäckermeistern über die Genossenschaftsbäckerei herrschenden Ansichten. So habe bereits ein Meister geäußert: „Na, jetzt werden wir den Gesellen schon entgegen kommen müssen!“ Ein anderer Meister macht in einem vorliegenden Briefe einem Kunden folgendes Angebot: „Ich will Ihnen von Montag ab Ihre Brote ein halbes Pfund schwerer wiegen lassen als den andern, wenn Sie von Montag an wieder Brot nehmen wollen. Wir Bäcker sind jetzt schlecht daran,

